

WIR WOLLEN ALLES

RUB Bochum

Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

NR.12 (Januar 74)

J 7581 EX

DM 1,00

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen

BREMEN: Proletarische Front e.o. Gerd Stahles, 28 Bremen, Kirchbuckstr. 134
FRANKFURT: Revolutionärer Kampf e.o. SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Häuserrat z.Zt. nach 8 Frankfurt 1, Buchenheimer Landstr. 111
HAMBURG: Proletarische Front e.o. Gerhard Jungfer, 2102 Hamburg 97,
Hirschbuck 4

KÖLN: Arbeiterkampf e.o. des Politische Buch, 5 Köln 41, Zölchstr. 19
MÜNCHEN: Arbeitssuche e.o. Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr. 416
NÜRNBERG

ERTLINGEN: über Politischen 852 Erlangen, Postfach 2849
SLIBRICKEN: Gruppe "Rote Fahne" e.o. Jens Jacobs, 40 Saarbrücken, Pf. 17

Tarifrunde: Wenn der Gewerkschafter es so will 2
Post: Innengewerkschaftliche Demokratie 3-4
Gewerkschaft: Lügen haben kurze Beine 5
SPD: Die Einheit von Reform und Terror 6
Dokumentation: Widerstand ist nötig 7
Frankfurt: Streik an der Uni 8
Der Archipel BHO 10
Knaat: "Sie haben nichts" 10
Hamburg: Hausbesetzerprotest 10
NPD: Linsen von Sorgen 11
Es knirscht im Knaat 11
Solchenberg: Nicht für einen liberalen Staat 12
Perisches Öl 15
Interview: Auch Kinder wollen alles 17
Straßenkinder 18

Bibliothek des Ruhrgebiets



30227542

Zuschriften und Bestellungen an die Anschrift des Zeitschrifts
WIR WOLLEN ALLES 8551 Gaiganz Nr.12



Widerstand ist nötig!

erste Meldung: Diese Nr. ist schon im Druck als am Morgen des 31.1.74
von der Polizei in Frankfurt in politischen Buchstaben eingekerkert
von WIR WOLLEN ALLES beschlagnahmt werden, als
Teil der staatlichen Vorbereitung auf die Aus-
lösung von besetzten und Meisterei-
häusern WIDERSTAND IST
NOTIG!



zur Tarifrunde:

Wenn der Genscher es so will trägt er selber seinen Müll

Seit Wochen prophezeien Unternehmensvertreter, „Sachverständige“, Regierungssprecher und Pressekommentatoren für dieses Jahr die härtesten und wichtigsten Tarifrunden der Nachkriegsgeschichte. Und es ist nicht das übliche, alljährliche Spiel: der Ruf nach Mülligung (der Arbeiter versteht sich) ist schneller als sonst. Wovor haben die alle Angst?

Nicht vor der Krise, nicht nur vor einem Steigen der Löhne und Gehälter – sondern davor, auch diese Tarifrunden politisch zu verlieren. Denn die kommenden Tarifauseinandersetzungen werden klarmachen, daß die Unruhe der Massen in der Bundesrepublik keine Episode war, daß die Streiks des letzten Jahres keine – in Zukunft vermeintbaren – Zufälle waren, daß der Arbeiterkampf in der Bundesrepublik über fünf Jahre hinweg immer klarer zur Tatsache geworden ist und eine eigene Perspektive hat.

Es begann mit der ersten größeren Krise der Nachkriegsgeschichte, der Rezession 66/67. Zwar gelang es damals noch, die Krise und ihre Folgen – Kurzarbeit, Entlassungen, Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern, Lohn- und Gehaltssenkung und dann Arbeitsverschärfung – voll auf die Massen abzuwälzen. Aber die scheinbar geschichts- und klassenlose Friedhofsrunde der Bundesrepublik war für immer dahin. Es gelang Unternehmern und Staat aus der ökonomischen Krise heraus und zu neuen Profiten zu kommen – aus der sozialen und politischen Krise kamen sie nicht mehr heraus.



Die Massen hatten gesehen, daß es keinen Garantieschein auf stetigen Anstieg des privaten Lebensstandards gab, daß es nicht nur Interessenkonflikte, sondern auch Interessengegensätze, daß es Klassen gab, daß die scheinbare Demokratie sehr leicht zur Gewaltherrschaft werden konnte. Das erzeugte die Kritik der Massen am System des Profits. Fragen, die bisher gegenstandslos oder tabu schienen, wurden wieder gestellt: Ist die freie Marktwirtschaft wirklich der Weisheit

letzter Schluß? Muß das eigentlich so sein, daß die einen nur arbeiten und die anderen nur verdienen? Muß das eigentlich so sein, daß wir in der Krise mit Lohnkürzung und Arbeitslosigkeit und nach der Krise mit mehr und mehr Arbeit zahlen müssen und die Unternehmer beide Male voll profitieren?

Diese Kritik der Massen stellte noch keineswegs die Frage nach der revolutionären Alternative, es ging um konkrete, im Kapitalismus vorhandene und erfüllbare Bedürfnisse und Forderungen: mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit der Arbeitsplätze, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums usw. Das war an vorerst nur vage Ziele, keinesfalls Kampfforderungen. Eins aber zeichnete sich sehr konkret ab: Die Massen waren nicht mehr bereit, sich alles gefallen zu lassen, kampflös wurde man ihnen so leicht nichts mehr wegnehmen können.

**Die reformistische Alternative:
kein Schimmer von nichts!**

So war die soziale Situation, in der sich die Sozialdemokratie als Alternative, als Reformpartei profilieren und stärken konnte. Sie sagte den Massen nicht (wie es die CDU/CSU tat): Ihr müßt ruhig halten! Sie sagte: die Kritik ist berechtigt, das gesellschaftliche System in der BRD ist verrotten, der Profit ist alles, der Mensch und die Qualität des Lebens gelten nichts – das muß

Motor des Kapitalismus zu verwandeln. Die SPD wurde staatstragende Partei.

Die SPD konnte jetzt nicht mehr propagieren, sie müßte machen. Und was sie machte, ist eindeutig: kein Schimmer von Reformen, die eine wirkliche Antwort auf die von den Massen artikulierten unmittelbaren Interessen waren, kein Schimmer von mehr Gerechtigkeit, kein Schimmer von mehr Einfluß für die arbeitenden Massen, kein Schimmer von nichts. Dagegen aber: vollkommene Machtlosigkeit der SPD gegenüber der jagenden Inflation, seit Jahren Stagnation oder gar Senkung der Löhne und Gehälter auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung und jetzt in der Krise auf der einen Seite gleich ein paar unternehmerfreundliche Gesetzesänderungen und auf der anderen Seite Kurzarbeit und Entlassungen. USW. USW.! Das SPD-Rezept zur Bewältigung der Krise unterscheidet sich in nichts von dem konservativer Regierungen, wie der Gaulisten in Frankreich oder der Tories in England.

**Der neue Gegner der Massen:
die SPD**

Die arbeitenden Massen haben der SPD zum Wahlsieg verholfen, sicher. Das war ein Ausdruck der Bewegung der Massen. Die Arbeiter aber haben die SPD nicht gewählt, damit sie dran ist, sondern weil sie Bedürfnisse und Interessen haben, die sie durchsetzen wollen – um nichts anderes geht es ihnen. Das zeigte sich schon 1969: wenige Wochen vor den Bundestagswahlen streikten hunderttausende von Arbeitern spontan und siegreich für mehr Lohn – sie holten sich ein bißchen von dem zurück, was in der Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungswelle nach der Krise aus ihnen herausgequetscht worden war, sie zeigten zum ersten Mal massenhaft, daß sie nicht mehr bereit waren, die Rechnungen der Unternehmer zu begleichen. Als die Arbeiter damals streikten, hatten sie die Sympathie und die Rückenbedeckung der staatsanstrengenden Arbeitnehmerpartei SPD: Helmut Schmidt sagte, man könne nicht erwarten, daß die Arbeiter die Profitexplosion bei den Unternehmern tatlos hinnehmen, und Willy Brandt lobte die Arbeiter: sie seien selbstbewußter geworden. Durch das Vorziehen der Tarifrunde wurden die Streiks sogar nachträglich noch offiziell sanktioniert.

Das Selbstbewußtsein der Arbeiter blieb: von Tarifrunde zu Tarifrunde wurde es für die Gewerkschaft schwieriger, gegen die Basis niedrige Forderungen durchzusetzen, wurde es den Unternehmern schwerer, niedrige Abschlüsse durchzusetzen. An der Basis der Gewerkschaft bildete sich eine starke linke Fraktion; häufig kam es zu „wildem“ Streiks. Und diese selbe Bewegung, die die SPD zum größten Wahlsieg ihrer Geschichte getragen hatte, machte nun in ihren Kämpfen immer klarer die Erfahrung, daß die regierende SPD nicht nur nicht half, sondern immer offener und klarer zum Gegner wurde. Die SPD, die sich als Part für die Massen präsentiert hatte, erwies sich als Partei gegen die Massen. Die SPD wollte den Beweis antreten, daß Veränderungen innerhalb dieses Systems möglich sind – tatsächlich hat sie das Gegenteil bewiesen: daß im

Kapitalismus jede herrschende Partei gegen die Massen herrscht. Und die wichtigste Erfahrung: der Wandel der SPD von der Reform- zur Repressionspartei warf die Massen nicht in Angst und Resignation zurück – sondern im Gegenteil: die Massen haben – gegen Gewerkschafts-, Regierungs- und Polizeiknuppel – weiter für ihre Interessen gekämpft, haben die Erfahrung gemacht, daß solidarischer Kampf möglich ist. Es sind



das keine einheitlichen, sondern vereinzelte und zum Teil noch schwache Erfahrungen, aber Erfahrungen, die sich nicht mehr auslöschen lassen. Erfahrungen, die sich weiter treiben lassen.

Die bisher wichtigste Etappe dieser Auseinandersetzungen waren die Streiks des letzten Jahres. Unternehmern und Gewerkschaften war es mit Hängen und Würgen noch einmal gelungen, mit dem 8,5%-Abschluß das Einfrieren der Löhne und Gehälter gegen die arbeitenden Massen durchzusetzen. Nach ihrem offiziellen Ende ging die Tarifrunde aber erst richtig los: in einer nicht abbrechenden Kette von Streiks, die sich bis in den Herbst hineinzogen, versuchten sich die Arbeiter zu holen, was sie brauchten. Trotz einzelner Niederlagen war diese Streikbewegung ein Sieg: die Unternehmer waren gezwungen, nachträglich das Tarifergebnis zugunsten der Arbeiter zu ändern (auch in vielen Betrieben, in denen gar nicht gestreikt wurde). Die Erfahrungen der Arbeiter: es ist möglich, massenhaft und siegreich Legalismus und Tariffrieden zu durchbrechen.

Die Unternehmer versuchten jetzt mit aller Macht, die Offensive zurückzugewinnen. Nach der militanten Zerschlagung des bedeutendsten Streiks, des Ford-Streiks, die ein erstes Zeichen setzte, blieben die Unternehmer in den folgenden Auseinandersetzungen (in der Hauptsache die Saarstreiks) unnachgiebig: kein einziges Zugeständnis, kein Pfennig wurde rausgerückt. Die Bewegung der Arbeiter sollte auf den Legalismus der kommenden Tarifrunden zurückgedrängt werden, wo die Tarifparteien und nicht die Arbeiter das Sagen haben. Dabei kam den Unternehmen die Krise sehr gelegen: nicht nur die Rückkehr vom spontanen, außertariflichen zum gewerkschaftlichen, tariflichen Kampf (der ja nicht unbedingt Streik bedeutet) hätte schien möglich, sondern durch geschickte, propagandistische Ausnutzung der Krise schien es möglich, von vornherein die Erwartungen der Arbeiter an diese Tarifrunden auf Null herunterzuschrauben. Die Unternehmer hofften, es in dieser Tarifrunde nicht einmal mit der gewerkschaftlichen Umsetzung der Kampfbewegung der Arbeiter zu tun zu haben.

Sabotage: auf der einen Seite fordern die Unternehmer Abschlüsse, die nicht über 8,5 % rausgehen, d. h. noch unter der jetzt zu erwartenden Preissteigerungsrate liegen (der öffentliche Arbeitgeber Genscher hat das unmißverständlich erklärt) – und es ist ihnen Ernst damit. Auf der anderen Seite fordern die Gewerkschaften erheblich höhere Abschlüsse und erklären, daß die Sorge um die Stabilität nicht ihre Sorge sei – und die Arbeiter zwingen sie, das diesmal ernst zu meinen. Daß Forderungen und Angebote (erstes Angebot im Öffentlichen Dienst: 7,5 %, zweites: 9 %; erstes Metall-Angebot: 8,5 %) diesmal so weit auseinanderklaffen, zeigt, – wie vermittelt auch immer –, daß Unternehmer und die Bewegung der Arbeiter inzwischen klar und bewußt aus einer unterschiedlichen Logik heraus argumentieren und handeln.

Erreichten". Man wartet jetzt auf die letzte Notbremse: die Gespräche der Tarifparteien mit Willy Brandt Ende Januar.

Angesichts der Unfähigkeit aller Verhandlungsbeteiligten, diese Tarifrunden zu handhaben, kam ein erster potentieller Einigungsvorschlag zustande: eine mögliche Verkürzung der Laufzeiten. Der Vorgang geht – länger schon – von den Gewerkschaften aus, die sich davon eine bessere Manövrierfähigkeit gegenüber der widerspenstigen Basis versprechen. Die Unternehmer (hien voran der neue BDA-Boß Hanns-Martin Schleyer) haben diesen Vorschlag jetzt aufgegriffen: entweder Verkürzung der Laufzeiten oder jetzt eine Pauschalabzahlung und in drei Monaten neue Tarifverhandlungen oder Ähnliches. In diesen Vorschlägen drückt sich nicht – wie sie sagen – ihre Unfähigkeit, die Entwicklung der nächsten Monate zu pro-



»DIE POLIZEI, DER AUCH DIE WIRTSCHAFT ZU DANK VERPFLICHTET IST, HAT GEZEIGT, DASS SIE MIT MUT UND BESONNENHEIT IHRE AUFGABE ERFÜLLT.« (IND. - & HANDELSKAMMER)



Tarifrundpartner Schleyer, Loderer
Sichere Entschäft mit den Arbeitgeber

runde auf Null herunterzuschrauben. Die Unternehmer hofften, es in dieser Tarifrunde nicht einmal mit der gewerkschaftlichen Umsetzung der Kampfbewegung der Arbeiter zu tun zu haben.

Das wichtigste am ganzen bisherigen Verlauf der Tarifrunden hauptsächlich in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst ist, daß ihnen das nicht gelungen ist und auch nicht absehbar ist, wie es ihnen gelingen könnte. Da sind erstens die gewerkschaftlichen Forderungen: Unternehmer und Regierung hatten von Krisenanfang an immer wieder verbreiten lassen, das Wirtschaftswachstum werde 74 bei Null bis zwei Prozent maximal liegen, Stabilität und Arbeitsplatzsicherheit habe jetzt den absoluten Vorrang vor einer Einkommensverbesserung – die Entscheidung, ob die Krise „behalten“ werden könne oder nicht, liege allein bei den arbeitenden Massen. Dennoch: die Forderungen der Gewerkschaften sind relativ hoch – sie liegen zwischen 14 % und 19 %, dazu noch einige Zusatzforderungen, wie z. B. Urlaubsgeld. Zwar gelang es den Gewerkschaften, lineare Lohnforderungen, die in den vergangenen Kämpfen so entscheidend waren, diesmal zu verhindern (die Vertrauensleute von Mannesmann-Huckingen forderten eine lineare Lohnerhöhung von 300 DM), zwar konnten sich – angesichts der Krise – die hohen Ausgangsforderungen der gewerkschaftlichen Basis (die z. T. weit über 20 % lagen) nicht durchsetzen – aber die Forderungen sind dennoch so hoch, daß sie den üblichen Weg der schrittweisen Verhandlungsnäherung diesmal unmöglich machen. Die klaren Frontstellungen dieser Tarifrunden sind mehr als das übliche

Ein zweites Zeichen dafür, daß die Unternehmer diese Tarifrunden nicht im Griff haben: die Sitzung der „Konzertierten Aktion“ vom 10. Januar. Immer wieder vorher die Wichtigkeit dieses Treffens betont worden, man erwartete sich die Rückendeckung des Staates, staatlich verordnete Lohnleitlinien; niedrige Abschlüsse sollten zur SPD-staatlichen Vernunft erklärt werden. Auch das ging schief: der Staat weigerte sich, die volle Verantwortung für diesen heißen Auftrag zu übernehmen, es blieb bei lauen Empfehlungen, der Zweck von Tarifpolitik liege heute bei der „Absicherung des

gnostizieren, aus – sondern ihre politische Unfähigkeit und Unmöglichkeit, dem Kampf der Arbeiter wirkungsvoll zu begegnen. Es ist ihnen inzwischen klar, daß auch der radikale gewerkschaftliche Kampf in den Tarifrunden kein Garant mehr dafür ist, daß es auch in der Zeit danach ruhig bleibt. So zielen ihre Vorschläge darauf ab, das legale Instrument der Tarifverhandlungen allgegenwärtig zu machen: den Gewerkschaften ihre Funktion wiederzugeben und die Arbeiter für das ganze Jahr auf die Ebene des gewerkschaftlichen Kampfes, der viel leichter bezahmbar ist als der spontane, zurückzuwerfen.

Gelingt es den Unternehmern nicht, die Taktik der Verschiebung durchzusetzen, dann laufen beide Tarifrunden – im Öffentlichen Dienst wie in der Metallverarbeitung – mit Notwendigkeit auf gewerkschaftliche Streiks hinaus. Das zeigten die ersten Warnstreiks im Öffentlichen Dienst (Frankfurt, Darmstadt, Stuttgart, Dortmund und immer mehr Städte). Und das zeigt noch deutlicher die Streikvorbereitung in vielen Metallbetrieben, wo – z. B. in mehreren Metallbetrieben – Frankfurt – jetzt schon Streikkomitees gebildet wurden, Oder für Hessen – bisher nicht gerade der traditionell kampfstärkste Bezirk – gibt es einen Vertrauensleutebeschluß, daß bei jedem Abschluß unter 13 % gestreikt wird.

So eindeutig sich auch in diesen Tarifrunden eine Verschärfung der Klassenaussensetzungen ausdrückt – Grund zum Triumphieren gibt es nicht. Denn je klarer sich die Arbeiter in ihren noch vereinzelter Kampfen um ihre unmittelbaren Lebensinteressen artikulieren und damit zwangsweise in Widerspruch zur regierenden SPD geraten, desto stärker wird die Repression gegen sie werden. Das zeigten schon die Streiks des letzten Jahres: die Arbeiter waren in der Lage, durch spontane Streiks massenhaft Lohnerhöhungen zu erkämpfen – wo sich aber die betrieblichen und polizeilichen Repressionsorgane massiert entgegenstellten (z. B. John Deere, Ford; auf einer anderen Ebene der Streik der Saarkumpel), da waren die Arbeiter in ihren spontanen Organisationsformen nicht in der Lage, dem Angriff standzuhalten. Und das wird in Zukunft nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein: ein Gegner, der sich nicht im ersten Angriff überumpeln läßt, der es schnell lernen wird, gezielt und koordiniert mit der ganzen Skala der Repressionsinstrumente umzugehen. Deswegen ist diese Tarifrunde eine Situation, die für die Form der zukünftigen Kämpfe der Arbeiter untypisch ist: hier haben diesmal die Arbeiter die Rückendeckung der Gewerkschaften; auch wenn die Unternehmer heute so hart wie nie zuvor gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften Propaganda machen – Tarifrunden sind gesetzlich sanktioniert, da darf gefordert, da darf sogar gewerkschaftlich gekämpft werden. Die Kampfformen dieser Tarifrunden werden weithin die traditionellen sein: Warnstreiks und Urabstimmungstreiks.

Am Beispiel Frankfurt: Ein Kapitel innergewerkschaftlicher Demokratie

Was die Post-Kollegen in Frankfurt forderten – und was die höheren Gewerkschaftsgremien jeweils daraus machten:

In allen Diskussionen stellten die Frankfurter Mitglieder eines klar: „... wir wollen keine reinen Prozente, bei denen die niedrigeren Einkommen schlechter abschneiden!“ So kamen folgende lineare Forderungen zusammen:

PA 1	300 DM für alle
PA 2	300 DM für alle
FA 1	280 DM für alle
FA 2	300 DM für alle
FA 3	300 DM für alle
FA Taunus	300 DM für alle
PA 4	150 DM für alle (netto)

Nur drei Ämter stellten gemischte Forderungen – linear und prozentual – auf.

Am 12. 11. 1973 wurden auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung nach dreistündiger Diskussion folgende Forderungen verabschiedet:

300 DM	für alle
100 DM	Kindergeld (z. T. 50 DM)
1 000 DM	Urlaubsgeld + 200 DM pro Kind

Daneben noch mehrere andere Forderungen, z. B. Verringerung der Laufzeit der Tarifverträge und 6 Wochen Erholungsurlaub.

Der erste Streich:

Am 13. November werden diese Forderungen von den „Arbeiter- und Angestelltenausschüssen“ der Bezirksverwaltung „korrigiert“, nach einem Referat über Ölkrise etc.; was an Forderungen herauskommt:

– 15 %, mind. aber 240 DM

Der zweite Streich:

Der Bezirksvorstand „korrigiert“ dann am 16. 11. 1973 abermals:

– 8 % + 180 DM für alle

Der dritte Streich:

Der Hauptvorstand der DPG entscheidet sich am 28. 11. 1973 noch ein bißchen bescheiden:

– 15 %, mind. aber 185 DM
– 300 DM Urlaubsgeld + 50 DM für jedes Kind.
(zusammengestellt aus: Postler-Info Nr. 5, Frankfurt)





St. Berlin (Eigener Bericht)
Mitteln aus dem Streik haben Mitarbeiter der Westdeutschen Verkehrsbetriebe (WVB) am Donnerstag zwischen vier und sechs Uhr früh den Berufsverkehr in Bismarck und U-Bahn-Verkehr gestoppt. Sie protestierten damit gegen das Fehlen der öffentlichen Arbeitsplätze, das Löhnerhöhungen von 9 Prozent vorsieht und von den Streikenden als „unverfügbare“ bezeichnet wurde.

Wie in Bonn inzwischen verlautete, ist die Bundesregierung entschlossen, selbst bei Gefahr von Kampfmaßnahmen nicht mehr als neun Prozent Lohn- und Gehaltszuwachs zuzulassen.

Rund 100 Postbedienstete zumeist Briefträger, haben am Dienstagmorgen zum zehn Minuten auf dem Konrad-Adenauer-Platz dem Vorstoß des Düsseldorf Hauptbahnhofs dem Vorstoß Verkehr lahmgelegt. Die Postbediensteten setzten sich auf die Schienen der Straßenbahn und legten ihre Fahrräder, Motorräder und Tragen auf die Straße. Die Postler wollten mit ihrer Aktion auf die Lohnforderungen ihrer Gewerkschaften hinweisen. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Die Verhandlungen hatten am Nachmittag einer erheblichen Spannungen begonnen. Vor dem Verhandlungsort hatten sich rund 800 Demonstranten versammelt. Bundesminister Genscher wurde mit dem Sprengstoff Genscher beauftragt, er solle er scheitern. Die Reaktion des belandete Ministers war vor den Verhandlungen kommissarisch, daß solche Demonstrationen ein Hohn für die Tarifautonomie seien.

Der glatzköpfige Herr auf der linken Seite heißt Hans Wertz. Er ist vierlei: Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, dann Mitglied der Arbeitgeber-Verhandlungskommission im Öffentlichen Dienst, dann SPD-Genosse und dann noch selber Mitglied der OTV. Der „Frankfurter Rundschau“ (22. 1. 1974) sagte der Genosse Wertz auf die Frage, ob es der OTV mit ihren Streikdrohungen ernst sei: „Klappern

gehört zum Handwerk. Im öffentlichen Dienst ist seit einem Vierteljahr hundert nicht gestreikt worden. Sollte es diesmal zu einer ersten Streikandrohung kommen, werden die Arbeitgeber mit angemessenen Mitteln darauf reagieren und den Gewerkschaften nachhaltig ihre schwere Verantwortung klarmachen.“ – Rechts neben Wertz: Genscher und der OTV-Boss Kluncker.

HANDELSBLATT, Samstag 26. 1.

M. FRANKFURT. „Auch nur die Erfüllung eines Bruchteils der IG Metall-Forderungen könnte zum Untergang des größten deutschen Industrieunternehmens führen. Unsere Unternehmer haben zu wenig Zivilcourage. Der Vorstand des Volkswagenwerkes jedenfalls wird diesmal äußerst hart kämpfen, nicht bis zu einem unablässigen Streik. Jetzt ist endlich Schluss. Die Gewerkschaften sind letztendlich zur Vernunft aufgerufen. Sie bedrohen überdies den Bestand der Tarifautonomie. Wenn die Arbeitgeber solche irren Forderungen akzeptieren, dann geht alles zum Teufel, was seit dem Krieg geschah.“ – Es brennt mir auf der Seele, dies in aller Deutlichkeit und in größtem Verantwortungsbewußtsein für 110.000 Arbeitsplätze meines Unternehmens festzuhalten.“

Sei Journalist. Vgl. Vorschau: Die Lösung vor dem Club Frankfurt. Wirtschaftsjournalisten seine Sorge um die künftige Lohn- und Arbeitsmarktsituation.

Frankfurt, 26. 1. Die Tarifkonflikte werden immer mehr. Die Postbediensteten von Post und Fernsprechen haben am Freitag ihren Streik ausgerufen. In der Nacht zum Freitag haben die Postbediensteten ihren Streik ausgerufen. In der Nacht zum Freitag haben die Postbediensteten ihren Streik ausgerufen.

Die Offensive der Unfarnnehmer: Repression

Kämpfe nach dieser Tarifrunde werden härter sein. Die organisierte Gewerkschafts-tike der Basis wird nicht mehr, wie bisher, ohne weiteres ein Kristallisationspunkt dieser Kämpfe sein. Denn das, was dieser Bewegung ihre Stärke verliehen hat, das ist vorbei, daß es bisher möglich war, den gewerkschaftlichen und staatlichen Reformismus bei seinem ständigen Widerspruch zwischen Anspruch und Realität zu packen,

entlassen!!

daß es möglich war, Streiks als halblegale Korrekturmaßnahmen reformistischer Politik zu verstehen. Das ist vorbei: wer heute – egal wo – kämpft, stellt sich in offenen Widerspruch zu allen Machtorganen dieses Staates – er wird immer deutlicher damit konfrontiert, daß sein Kampf illegal ist. Das wird den Kampf der Arbeiter nicht stoppen, es wird ihm aber andere Bedingungen setzen. Linke betriebliche Organe, wie Vertrauens-leutekörper und teilweise auch Betriebsrat, werden ihre Bedeutung nicht verlieren – nur: wenn sie auch in den kommenden Auseinandersetzungen noch eine vorantreibende Rolle spielen wollen, wird es darauf ankommen, daß ihre Arbeit nicht auf einer extrem linken Auslegung ihrer gewerkschaft-lich und gesetzlich festgelegten Funktionen fußt. Mit anderen Worten: es wird darauf ankommen, daß stärker als bisher selbständige betriebliche Organe der Arbeiter entstehen; Organe, deren inhaltliche politische Richtung nicht von der Linksaßen-Außen-ansetzung mit der Gewerkschaft, sondern von den Inhalten und Kampfformen der fortgeschrittensten Kämpfe des letzten Jahres bestimmt ist. Das heißt: diese Organe müssen an den Kämpfen des letzten Jahres anknüpfen, in denen sich am entschlossensten und wesentlich von den Ausländern getragenen autonome Kampf- und Organisa-

tionsformen herausgebildet haben. Diese Organe müssen also multinational sein. Die erste Auseinandersetzung, die sich den Arbeitern dabei stellt, hat schon begonnen: die Kampagne von Unternehmen und Regierung zur Verringerung der Zahl der Ausländer in der BRD, das Kapital will die Krise dazu benutzen, die deutsche Arbeiterklasse von ihrem kämpferischsten Teil zu „säubern“; praktisch, d. h. in Form von Abschiebungen, Nichtverlängerung der Arbeitsverträge usw. ist diese Kampagne noch in ihren Anfängen – propagandistisch, d. h. in Form von Ausländerhetze und Spaltung, ist sie – seit dem Ford-Streik – schon sehr weit. Die betrieblichen und überbetrieblichen Organe der Arbeiter werden vor der Aufgabe stehen, dieser Kampagne entgegenzutreten: klarzumachen und zwar nicht nur propagan-

(Fortf. Seite 5)

Durch einen spontanen Warnstreik von rund 200 Omnibus- und Straßenbahnfahrern wurde heute morgen in Braunschweig der Berufsverkehr lahmgelegt. Anlaß für die Protestaktion ist das nach Ansicht der Fahrer unbefriedigende Tarifangebot des Bundesinnenministers vom Freitag.

Auch in Flensburg blockierte das Fahrpersonal der Verkehrsbetriebe der Flensburger Stadtwerke heute morgen zwei Stunden lang den Berufsverkehr.

Papa Willy Brandt aus Volk:

„Unmüßigverstandlich gesagt, das Jahr 1974 kann kein Jahr wesentlicher realer Einkommensverbesserungen sein. In der jetzigen wirtschaftlichen Lage sollte Klarheit darüber bestehen, daß eine Absicherung der Realeinkommen auf dem erreichten hohen Niveau kein Rückschritt ist. Und ich meine, daß in einer Zeit, in der die Arbeitnehmer in Industrie und Handel sich um ihre Arbeitsplätze sorgen, für diese Erkenntnis gerade bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes Verständnis vorhanden sein sollte. Ich habe viel Achtung vor den Arbeitern, Angestellten und Beamten, gerade auch den kleineren, die in unserer Gesellschaft für den Staat arbeiten. Ich rechne auf Ihre Vernunft.“

ARBEITSEINSTELLUNG BEI DER LUFTPOSTLEITSTELLE AUF DEM FLUGHAFEN

7,5 %: unerhört, ungenügend, unsozial, unzumutbar, ein Hohn. Das ist die Meinung der Kolleginnen und Kollegen bei der Luftpostleitstelle in Frankfurt zum Regierungsangebot. Gegenüber müssen wir etwas unternehmen. Die Arbeiter in der Metallindustrie und bei der Mullabfuhr in Hannover haben uns im Sommer 1973 gezeigt, was man tun muß.

Und dann waren plötzlich die Flugblätter da: Protestversammlung am 10. 1. 1974 am Hauptbahnhof, und wir sitzen hier am Flughafen. Einige wollen sofort dort hinfahren. Aber wie? Warum stellt uns die Ortsverwaltung keinen Bus? In der Diskussion über Lautsprecher: „Wir machen Pause!“

Erste Ansätze einer gemeinsamen Diskussion im Aufenthaltsraum. Und dann sagt der Aufsichtsbeamte das Ende der Pause an. Aber keiner kehrt zum Arbeitsplatz zurück. Die Diskussion geht weiter, wird lebhafter. Es wird über Kampfmaßnahmen gesprochen.

Inzwischen haben andere Kolleginnen und Kollegen gemerkt, daß viele nicht an ihren Arbeitsplätzen sind und kommen zu uns. Auch als Stellenvorsteher und Abteilungsleiter erscheinen, wird weiter diskutiert und beraten. Wir sind uns jetzt darüber klar, daß wir bewußt die Arbeit verweigern. Schließlich verabschieden wir einstimmig eine Resolution.

Die Kernpunkte dieser Resolution sind: mind. 185,- DM und 300,- DM Urlaubsgeld für alle und Urlaubs-timmung, wenn ein neues Angebot von unseren Vorstellungen abweicht.

45 Minuten nach der Pause kehren wir an unsere Arbeitsplätze zurück, bereit, auch weiterhin für unsere Forderungen einzutreten und sie durchzusetzen. [aus: Postler-Info Nr. 5, Frankfurt]

distisch), daß hier die Kampfkraft der ganzen Arbeiterklasse der BRD getroffen werden soll, daß die Antwort nicht sein kann: Ausländerhaß und Angst um den Arbeitsplatz, sondern eine neue Offensive in den Fabriken, die sich richtet gegen die Krisenoffensive der Unternehmer: gegen Inflation, Arbeitsintensivierung, gegen Umstrukturierungsmaßnahmen und daraus entstehende Spaltung.

Der Spontaneismus hinkt hinter den Kämpfen der Massen her!

Diese Entwicklung stellt auch die linksradikalen Gruppen, die mit den Betrieben etwas zu tun haben, vor neue Aufgaben. Bisher hatten diese Gruppen im wesentlichen eine agitatorische Funktion: kontinuierlich trugen sie so zur Radikalisierung des politischen Klimas in den Betrieben bei und hatten hier eine wichtige Bedeutung. Auf der Ebene praktischer Entscheidungen und Initiativen aber hatten sie so gut wie keinen Einfluß — das blieb Domäne der angestammten oder neu entstandenen betrieblichen Avant-

garden, die sich jeden von außen kommenden Einfluß verbieten. Das war in der Zeit der Entstehung erster Arbeiterinitiativen nicht besonders schlimm, denn beides ergänzte sich: Die Linksradikalen hatten eine ideologische, aufklärende Funktion, waren zuweilen vielleicht sogar das Salz — auf der anderen Seite gab es, mitbeeinflusst von den Aktivitäten der Linksradikalen, die praktische Bewegung der Arbeiter, die in den spontanen Kämpfen ihre ersten Erfolge gegen einen unvorbereiteten und noch nicht gerüsteten Gegner durchsetzen konnte. Diese Phase ist nach den Streiks des letzten Jahres vorbei, und die Arbeiter wissen das. Die Bewegung der Arbeiter hat heute ihre eigene Dynamik und Kraft, sie wird durch die Repression nicht zu stoppen sein — daß sich die Bewegung der Arbeiter aber heute einer geschlossenen Front von Unternehmern, SPD und Staat gegenüberstellt, stellt ihr neue Fragen: die Frage der Organisation, die Frage neuer Kampfmethoden, die Frage nach einer politischen Strategie, die es vermag, zwischen den vielen zerstreuten Ansätzen, die alle das gleiche meinen, eine inhaltliche und auch organisatorische Verbindung herzustellen. Es sind das alles Fragen, die nicht von außen gestellt werden (wie es jahrelang die zahllosen Parteien taten), sondern Fragen, die sich heute praktisch aus der Bewegung heraus stellen. Gruppen, die heute an

diesen Problemen weiter vorbeigutieren, liegen schiefe.

Das sind keine Fragen, die es verlangen, daß wir dazu ein Rezept entwickeln. Und es sind erst recht keine Fragen, die den arbeitsteiligen Zweig der „Betriebsgruppen“ betreffen: es sind Fragen, die die gesamte revolutionäre Linke, ob sie nun im Betrieb arbeitet oder nicht, angehen. Denn immer deutlicher stellt sich die Frage der politischen Linie, die Frage der Repression, die Frage der ersten Versuche von Vereinheitlichung als gemeinsame Frage aller, die kämpfen: der gemeinsame Gegner wird deutlicher, die gemeinsamen Inhalte werden deutlicher — wir stehen nicht mehr vor dem Problem, von außen etwas für die Arbeiter entwickeln zu wollen, wir stehen vor dem Problem des gemeinsamen Kampfes und einer gemeinsamen Strategie. Von daher — und nicht vom Betrieb X, der Abteilung Y oder dem Miestreikhaus Z her — müssen wir unsere Arbeit zu bestimmen versuchen. Das klingt groß — und ist zumindest auch größer als das, was wir bisher versucht haben: denn die Zeiten sind vorbei, in denen die spontaneistischen Gruppen ihre Arbeit ungeschädigt und ziemlich geschichtslos aus ihren eigenen Bewegungsgesetzen und Bedürfnissen heraus bestimmen und weitermachen konnten — der Klassen-

kampf in der Bundesrepublik ist heute nicht mehr Wunschtraum oder Exotikum, das für uns selber kaum vorstellbar ist, sondern Realität. Auf diese Realität müssen wir uns einstellen.

Das bedeutet nicht Abkehr von den Inhalten unserer Politik, das bedeutet aber Abkehr von der spontaneistischen Ideologie, die alles aus dem konkreten Konflikt und dem konkreten Bedürfnis entwickelt sehen will, der die Frage der Organisation und der Strategie ein orthodoxes und massenfeindliches Greuel ist. Der Revolutionär, der heute nicht mehr als das Wort „Spontaneität der Massen“ im Kopf hat, rennt hinter der Bewegung der Massen und den Fragen, die sich ihr praktisch stellen, hinterher.

Revolutionärer Kampf



Lügen haben kurze Beine

Das Höchste, was in dieser Tarifrunde drin sein: ein Ausgleich für die Preiserhöhungen — so Innenminister Genscher. Und wie hoch sind die? 7,8 % im letzten Jahr — so tönt seit Wochen die Bände der „Sachverständigen“ und Wirtschaftsjournalisten. Manchmal aber entschlipst diesen Lügern dann aber doch ein wahres Wort. Beispiel: „Süddeutsche Zeitung“ vom 25. 1. 1974. Dort wird bei der Berechnung der Preiserhöhungen die Verteuerung des Heizöls in den letzten Monaten mit einbezogen — uns so kommt man plötzlich zu ganz anderen Zahlen:

Bei dieser Gewichtung beträgt die Indexsteigerung nicht mehr 7,8 %, sondern 13 %. Das heißt — für Millionen Holzverbraucher sind die Lebenshaltungskosten von Dezember 1972 auf Dezember 1973 nicht nur um 7,8 %, sondern um 13 % gestiegen.

Und dann sagt der Schreiber des Artikels gleich nochmal die Wahrheit — die Wahrheit darüber, was Unternehmer und Regierung in dieser Tarifrundedurchsetzen wollen, sich aber nur nicht zu sagen trauen:

So blickt die Einsicht, daß sich die Bundesbürger in diesem Jahr nicht nur mit einer Stagnation, sondern mit einem Rückgang ihres realen Einkommens werden abfinden müssen.

Und derselbe 26. Januar brachte auch noch eine dritte Wahrheit — die Wahrheit über die Gewinnne der „krisenbedrohten“ Ölkonzerne (Handelsblätter):

EAL, WASHINGTON. Exxon Corporation, die größte der internationalen Ölgesellschaften — und hinter General Motors der zweitgrößte Weltkonzern — verlor 1973 nicht weniger als 59 % mehr als im Jahr zuvor. Der Weltkonzern legt damit für das abgelaufene Jahr einen Reingewinn von 2,44 Milliarden Dollar vor oder 10,89 Dollar die Aktie (Vorjahr 1,53 Mrd. Dollar oder 6,83 Dollar). Trotz Öl embargo und drastischer Produktion im letzten Quartal expandierten die geschätzten Konzernumsätze um 27 % auf 28,5 Mrd. Dollar (Vorjahr 22,44 Mrd. Dollar) in 1973.

Auch die anderen Ölkonzerne melden in den nächsten Tagen ihre Gewinne für das letzte Jahresquartal. Auch sie werden Zahlen vorlegen, die alle bisherigen Rekorde brechen.

ALLE IN EINEM BOOT?



Jetzt erschienen:

OPEL STREIKT!
Ausbeutung und Kämpfe bei OPEL

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv in der Projektgruppe Ruhrgebietsanalyse Bochum. Zu bestellen bei: Redaktionskollektiv, 463 Bochum, Lennershofstr. 66/8, 198 Seiten, Solidaritätspreis DM 4,-

Aus dem Inhalt:

Erster Teil: Streik bei Opel vom 22. bis 27. 8. 1973; entlassene Kollegen klagen gegen Opel; politische Organisationen während des Streiks; Flugblätter Dokumentation. Zweiter Teil: General Motors Opel — ein imperialistischer Konzern; Opel im General Motors-Konzern; Wer regiert bei Opel? Kurze Geschichte von Opel Deutschland; Kapitalismus = Krisenwirtschaft; den Schaden tragen die Arbeiter; Demagogie mit der Energiekrise; Überproduktion in der Automobilindustrie; der Imperialismus von Opel/GM; Ausländische Arbeiter bei Opel; Profitanalyse der Adam Opel AG 1972 u. a.

Ein Text über die Klassenkämpfe in der BRD

ARBEITERAUTONOMIE IN WESTDEUTSCHLAND

Diskussionspapier von LOTTA CONTINUA zu den Klassenkämpfen in der BRD

Nach den Ereignissen in Chile ist die Reflexion der Genossinnen und Genossen über den revolutionären Prozeß um vieles konkreter geworden. Die Frage nach der Strategie, nach der Organisation der Massen und der revolutionären Avantgarde, nach dem bürgerlichen Staat und seiner Zerschlagung, nach der Überwindlichkeit des präventiven konterrevolutionären Schlags der Bourgeoisie — und viele andere mehr — müssen Eingang in die Diskussion der revolutionären Gruppen und Organisationen auch in Westeuropa finden. LOTTA CONTINUA wird dazu Material vorlegen und eine entsprechende Auseinandersetzung anregen, wie sie in Italien bereits läuft.

Eine Frage scheint uns besonders vorrangig, nämlich die nach dem internationalen Zusammenhang der Klassenkämpfe. Wenn die Handvoll Ausbeuter sich der ganzen gesammelten Kraft des Proletariats gegenüber sehen, wäre im Schicksal schon besiegelt, und die Geschichte hätte schon seit langem ihre Richtung geändert. Aber das Proletariat ist gespalten. Der Kapitalismus hat es im Lauf der letzten 50 Jahre vollkommen verändert und umgeschichtet, er hat es auf gesellschaftlicher Ebene zersplittert, geteilt und isoliert, um so zu verhindern, daß es auf politischer Ebene zur Einheit finden könnte.

Und um diese Einheit geht es heute, und zwar nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten. Die europäische Arbeiterklasse ist ökonomisch schon viel weiter vereinigt, als unmittelbar zu merken ist: die Arbeiteremigranten tragen ein starkes Verbindungsgefilde her, der gemeinsame Kampf gegen Lohnraub, gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen Inflation und gegen die Ausplünderung von Seiten des Kapitals bedeuten aktive Vereinigung des westeuropäischen Proletariats. Der autonome, der selbständige Arbeiterkampf, der sich nicht mehr als Anreiz und Motor für die kapitalistische Entwicklung umgeben läßt, sondern direkt gegen die Ausbeutung und ihre Gesetze ankämpft, ist heute die entscheidende Realität in den Beziehungen zwischen den Klassen und im Aufbau der organisierten Avantgarde des Proletariats. Von der Arbeiterautonomie auszugehen, wie sie in den Klassenkämpfen auch in der BRD zum Ausdruck gekommen ist, bedeutet nach unserer Auffassung, jegliche Diskussion und Konfrontation über den Klassenkampf in Europa auf seine wirklichen Beine zu stellen.

Dazu will der Diskussionsvorschlag von LOTTA CONTINUA dienen, um einen Beitrag zur Auseinandersetzung in der BRD zu liefern.

Ca. 80 Seiten

Endpreis zwischen DM 4,00 und 4,50

Erscheint ungefähr Ende Januar/Anfang Februar im Verlag des POLITLADEN ERLANGEN.

Dieser Text soll der Beginn einer Reihe sein, die mehr oder minder häufig unter der Redaktion und in Eigenverantwortlichkeit der LOTTA CONTINUA im Verlag des POLITLADEN ERLANGEN erscheinen wird. Langfristig beabsichtigt sind z. B. Texte über Chile, über den Kampf in Fabriken, Schulen, Gefängnissen, dem Meer usw. in Italien.



DIE EINHEIT

Gelegentlich ist die Versuchung groß, das Verhalten der lokalen Statthalter des Kapitals nur noch als mehr oder weniger verrückt zu erklären. An zwei Punkten mußte Kriegsherr Müller in den letzten Tagen zugeben, daß er (im Moment) nicht weiter weiß: eine Demonstration gegen das Verbot des Kongresses der iranischen Studentenföderation CISNU wurde angegriffen. Die zweite Demonstration lief dann so ab, daß organisierte Gruppen erst auf der Zelt, dann an der Peripherie des Bullenkessels demonstrierten, gleichzeitig auf der Zelt immer wieder Sprechchöre aufkamen. Hatte nicht eine Gruppe die Erfahrungen der letzten Monate ignoriert und sich zu einem Zeitpunkt noch einmal gesammelt, als die Einkaufszeit sich ihrem Ende näherte und verabredet war, zusammen mit den Einkäufern die Innenstadt zu verlassen, waren die Bullen perfekt gefoppt und nicht am Schluß noch eine Prügelei möglich gewesen. Und an diesem Samstag ging es nur darum, die Demonstration, möglichst mit List, durchzusetzen. Aber auch so mußte Polizeipräsident Müller vor der Presse überlegen, ob Demonstrationsverbote in der Innenstadt noch sinnvoll sind.

Wäre die erste CISNU-Demonstration nicht angegriffen worden, hätte eine zweite kaum stattgefunden. Das konnte sich auch Müller denken und dennoch eskalierte er den Konflikt.

Ähnliches kann man von der Auseinandersetzung an der Universität um das Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaften, Engels, sagen, der in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Einführungsverlesung seit langem aus der Bibel vorlas: der Versuch, die Forderung nach Diskussion in der Vorlesung durch Bullenterror und Abriegelung des Hörsaals abzuwürgen, führte dazu, daß die Vorlesung dann von innen gesprengt wurde. Und auch da überlegen die Herren wieder, was sie eigentlich machen können, wenn nur Studenten mit den vorgeschriebenen Fachausweisen in den Hörsaal gelassen werden und die Vorlesung trotzdem nicht stattfinden kann. Auch hier ging die Bullen eskalation perfekt nach hinten los.

DER TERROR

Selbstverständlich sind Müller, Arndt und Genossen damit nicht mit ihrem Latein am Ende. Unipräsident Kantzenbach (SPD)



bringt ein neues Ordnungsrecht und Zwangsgeleit von einigen tausend DM gegen „Störer“ ins Gespräch und bei Demonstrationen muß mit zweierlei gerechnet werden: mit verstärktem Gewalteinsatz der Bullen und mit U-Haft. Für letzteres ist Uli Kranzusch das bekannteste Beispiel. Über die erste Methode schüttelte kürzlich sogar ein Staatsanwalt voll Bedenken das Haupt, der meinte, allmählich werde die Rechtsordnung untergraben, denn in den letzten Demonstrationen habe es kaum noch Festnahmen zur Feststellung der Personalfür Anklagen und auch von unserer Seite keine Anzeigen gegeben, sondern beide Seiten würden Selbstjustiz üben.

Dennoch wäre es eine arge Vereinfachung, die verschiedenen SPD-Strategen der Gewalt schlicht als verrückt anzusehen, auch wenn sie sich gelegentlich in die Nase setzen. Erstens gibt es inhaltliche Gründe für die Bullenangriffe, zweitens ist die Eskalation der Gewalt ein klares taktisches Kalkül der Reformisten.

KÖNNEN SIE IHREN FRIEDEN DURCHSETZEN?

Der erste Punkt ist am deutlichsten geworden bei der zweiten CISNU-Demonstration. Das Auswärtige Amt mischte sich direkt ein und sorgte dafür, daß diese Demonstration ebenso wie die erste verboten wurde. Die „drohende Gefahr von Gewalttätigkeit“, die auch als Grund für das Verbot herangezogen wurde, ist demgegenüber untergeordnet. Unklar ist, ob das AA auch schon mit dem Verbot der ersten Demonstration zu tun hatte. Klar ist jedoch, daß es an der deutschen Grenze war, an der Delegierte zum CISNU-Kongreß zurückgehalten wurden, was erst zu der ersten Demonstration führte, und das hat sicher nicht ein Grenzbeamter aus einer Laune heraus entschieden. Ebenso bekannt ist, daß Brandt vor ein paar Monaten bei seinem Besuch in Persien nicht bloß über Geschäfte sprach, sondern der iranischen Potentatenmaske Reza Schah Pahlawi dahinter steckt ein kluger Kopf! auch die Bekämpfung der persischen Opposition in der Bundesrepublik versprach (schon seit der Regierungszeit der CDU arbeitet der persische Geheimdienst SAVAK ungehindert in der Bundesrepublik. Diese schöne Tradition mochten die neuen SPD Herren nicht brechen).

der Revolte der letzten Jahre; deshalb werden Ausschüsse auf wachsenden Widerstand stoßen und nicht gerade einfach zu handhaben sein (in Frankfurt hatte immerhin der Vorstand der Jusos zur zweiten CISNU-Demonstration mit auferufen, nicht bloß einige Mitglieder einfach teilgenommen).

BEREIT, VERANTWORTUNG ZU TRAGEN

Andererseits aber trägt die SPD immer mehr Verantwortung. Und nicht mehr bloß im Geist, wie in den langen Jahren der Opposition vor der Großen Koalition, sondern auf den Schultern Staatsbürgerliche Verantwortung. Verantwortung für das Ganze. Kurz für dich und mich. Da sind Außenhandelsinteressen schon wichtiger als die Unterdrückung und Ausbeutung des persischen Volkes, ist ihre Ausbeutung und Unterdrückung sogar Voraussetzung für diese Form von Außenhandel. Und diese Unterdrückung besteht nicht nur in blutigen Taten, sondern in einem physischen Todeurteil pro Woche und den alltäglichen Foltern und Morden, sondern in einem Anteil von Analphabeten an der Bevölkerung von etwa 90%, in den Riesengewinnen, die Auslandische Investoren aus dem persischen Volk herauskassieren, in der Errichtung von Prachtbauten für Milliardensummen, die der Schah und seine jeweilige Gabeln eines Nachfolgers so auch nicht mit gequältem Handeln ausgraben.

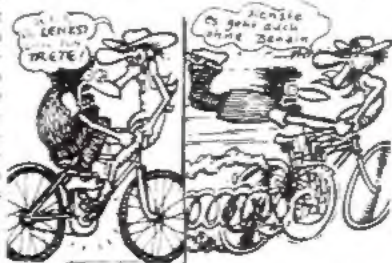


Wer über den Iran nachlesen will, dem kann noch immer Barman, Lehmans Persienbuch bei Buchhändlern empfohlen werden. Wer sich für die Zusammenarbeit der SPD-Regierung mit autoritären, faschistischen Regierungen, insbesondere der persischen, portugiesischen, griechischen und spanischen interessiert, dem verrät die FAZ und der Stern aufschlußreiche Details herein, insbesondere was die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Ausrüstung der dortigen Machthaber mit Handfeuerwaffen angeht, die sie im täglichen Kampf gegen die Bevölkerung verwenden.

Mit deutschen Präzisionswaffen in der Hand wird dort die gesellschaftliche Alternative gestellt: entweder die jeweiligen faschistischen Regierungen unterstützen oder zumindest tolerieren, oder aber das Risiko von Gefängnis, Folter, Tod eingehen. Im Prinzip unterscheidet sich diese Fragestellung nicht von der, vor der wir im freien Teil Deutschlands stehen. Nur wird von der reformistischen SPD stärker und besser als von der CDU versucht, diese klare Fragestellung zu verwischen, indem wir wählen dürfen zwischen Polizeiknüppeln, Gefängnis und Folter (Tote sind noch die Ausnahme) und dem Glauben an Reformen, die Berge von Papier füllen und aus der anarchischen, von der CDU bekannten Ausbeutung und Unterdrückung eine geordnete, vom SPD-Staat organisierte Ausbeutung und Unterdrückung machen.

DIE FREIE WIRTSCHAFT

Nicht zu vergessen: es geht auch nicht um irgendwelche Handelsbeziehungen, sondern es geht wesentlich um Erdöl. Und nur es

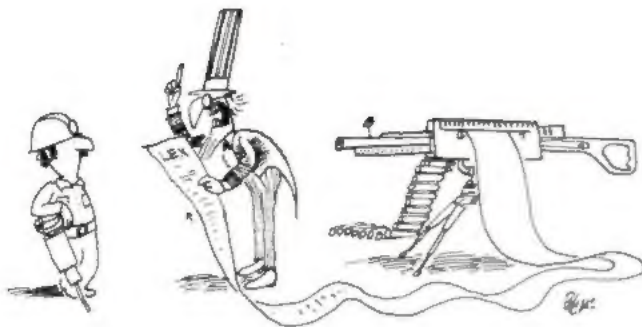


um Öl geht, da geht es um einige wenige multinationale Konzerne, die sich, wie die letzten Monate zeigten, weder von Willy Brandt noch von seinem Wirtschaftsminister in die Karten gucken lassen. Da ist bloß eines klar: sie sind wesentliche Bestandteile unserer freien Wirtschaft und als solche direkte Vorgesetzte unserer sozialdemokratischen Genossen.



persische Panzer

UND TERROR



FREIWILLIGE UNTERWERTUNG ODER UNTERDRÜCKUNG

Die Aufgabe der SPD ist nicht einfach, mit ideologischen Mätzchen und der Bestechung von ein paar Funktionären mit Anhang die Massen an den kapitalistischen Staat zu binden und gleichzeitig eine bestimmte keynesianische Wirtschaftspolitik und -planung durchzusetzen. Die Aufgabe der SPD ist ganz klar, mit brutalsten Gewaltmaßnahmen die gesellschaftliche Alternative zu formulieren: Unterwerfung oder Unterdrückung.

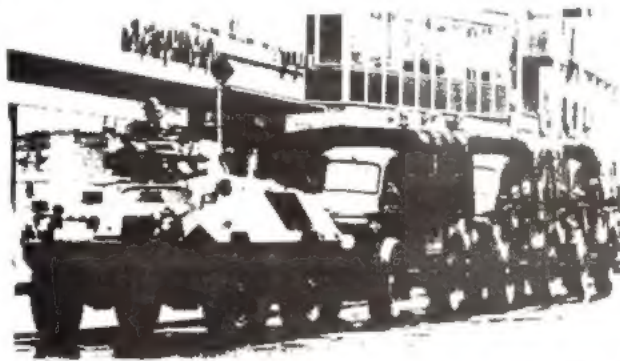
Diese Alternative durchzusetzen ist die SPD besonders deswegen geeignet, weil sie über einen linken Flügel verfügt, dessen subjektive Ehrlichkeit und Gutwilligkeit (soweit vorhanden) die Hoffnung nahelegt, daß aus den Reformen doch noch was wird (daß die Agitation dieses linken Flügels sich auch gegen die SPD-Politik richtet insofern, als er richtige Erwartungen verstärkt und Hoffnungen auf ihre Erfüllung weckt, dürfen wir nicht vergessen).

Die psychologische wichtige Seite dieser Taktik ist es natürlich, soviel Angst zu erzeugen, daß Pazifismus als höchste Widerstandsform erscheint, die Organisationsfähigkeit auf etwa die Jusos oder die ÖKP als äußerste Linksausläufer der politischen Möglichkeiten beschränkt wird. Der Versuch ist ganz einfach, die Angst vor Geld- und Haftstrafen, vor Polizeiknuppeln so zu verstärken, daß sie den Kampf um die Realisierung menschlicher Bedürfnisse unmöglich macht. Zwischen der Angst, in den Knast zu wandern, und der Angst, seine Bedürfnisse aufzugeben, sollen die Bullen Entscheidungshilfe leisten.

DIE REFORMISTEN IN AKTION

Könnte man vielleicht bisher noch Illusionen haben, daß sich die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer im Falle eines offenen Konflikts, wenn die sie angeblich vertreten, unmißverständlich Stellung beziehen, sich doch noch auf der Seite schlagen, mußten spätestens seit dem Ford Streik diese Illusionen beseitigt sein. Dieser Streik ist nicht einfach deswegen wichtig und wird nicht deswegen immer wieder diskutiert, wie manche Genossen meinen, weil es dort Putz gab und wir das schön finden, oder weil wir an die Bullen fixiert sind. Dieser Streik ist deswegen wichtig, weil er die bisher zugespitzteste Form der Klassenausbeutung der letzten Jahre war und am deutlichsten die praktische Stellungnahme der verschiedensten Gruppen zu erkennen gab. Und dieser Streik hat nochmal gezeigt, daß die Mitbestimmung über die Ausbeutung, daß die These, erst müsse die Wirtschaft (d. h. die Ausbeutung) funktionieren, dann werde für die Arbeiter schon was abfallen, daß letztlich die Regierung eines kapitalistischen Staates durch Sozialdemokraten diesen keinen Spielraum zum Manövrieren läßt. Daß ein Betriebsrat für seinen vorbildlichen körperlichen Einsatz beim Niederknüppeln eines Streiks von der Geschäftsleitung gelobt wird, wird sich als die Regel, nicht als die Ausnahme erweisen.

Eines der Produkte des linken SPD-Flügels in Frankfurt, der teilweise aus Leuten besteht, die schon immer linke Ideen hatten, sie aber erst aufgrund einer sichtbaren Massenbewegung, dem Häuserkampf, als politische Reformstrategien formulieren konnten, ist das Windei Sozialbindungspapier, das nach langem Gackern gelegt wurde. Als Resultat wurden ein paar altru frechen Spekulanten ein paar Strafen aufgebremst, und das wird sicher noch einige Male passieren, besonders wenn der Kreditgeber des betreffenden Spekulanten nicht gerade die Bank für Gemeinwirtschaft („Kapital sparen“) ist.



Trotz Sozialbindungspapier geht die Spekulation munter weiter, besonders in den Außenbezirken der Stadt, wo es weniger um den Abriß alter Wohnviertel als um den Neubau ganzer Vororte geht. Trotz Sozialbindungspapier konnte kürzlich ein Richter Ester einen Vergleichsvorschlag machen, daß die angemessene Miete incl. Umlagen für einen nicht mehr ganz neuen Neubau DM 10,- pro qm beträgt (für 80 qm also DM 800,- zur Verdeutlichung).

ORGANISATION IST NOTWENDIG

Unsere Konsequenzen aus dem Stand der Klassenausbeutung und aus der Politik der Reformisten zu ziehen, bedarf einer kollektiven Anstrengung. Das muß jedem Genossen klar sein, bevor er irgendwelche Vorschläge als unzureichend, einseitig, absurd oder sonstwas ablehnt, indem er sich dagegen ausspricht oder sie einfach ignoriert. Die Antwort darauf, daß in den letzten Jahren objektive Probleme in Form von Aktionen und Konflikten aufbrachen, daß ansatzweise die Möglichkeit von Widerstand gezeigt wurde (und da müssen die Springerblockade, die Vietnamaktionen, die Septemberstreiks, die Hochschulkämpfe, der Häuserkampf, die Streiks in diesem Jahr um mehr Geld und mehr Urlaub in einem gesellschaftlichen Zusammenhang des Angriffs auf die kapitalistische Politik gesehen werden), ist die von den Reformisten definierte Alternative von freiwilliger Unterwerfung und Pazifismus oder militanten Aktionen und der Gefahr der Unterdrückung. Auf der Ebene

der Propaganda sind zögernd die ersten Konsequenzen gezogen worden: z. B. die Propagierung des Ford Streiks als fortgeschrittene Kampfmaßnahme, allerdings bisher ohne seine Kritik auf dem Hintergrund der Kämpfe der Klockner-Hütte („Machekrieg“), wo die Produktionsmittel als Faustpfand gebraucht wurden. Ein Sieg der streikenden Bergarbeiter der Saar (s. WWA; Sondernummer im Oktober) wäre nur als Besetzungsbetrieb denkbar gewesen. Aber eine solche Propaganda zu machen, ist wiederum nur möglich, wenn man die Schritte angeben kann, die dahin führen.

Völlig vernachlässigt wurde allerdings im Häuserkampf der letzten Monate die Frage, die die Streiks bei John Deere, Heila und Ford ebenso klasten wie die Mietstreiks: die Frage des Rassismus, der Ausländer als wesentlichen Teil der ausgebeuteten Arbeitskraft (die Diskussion um die Thesen in WWA 5 wurde nicht aufgenommen). Das Problem wird noch zugespitzt dadurch, daß immer mehr ausländische Arbeiter sich selbst nicht mehr als kurzfristige Arbeitsmigranten ansehen, die nach wenigen Jahren zurückkehren (wenn das der Fall wäre, hätte die Mietstreikbewegung unter den Ausländern nicht solche Ausmaße angenommen, sondern sie würden wie früher die zeitweilige Beschränkung ihrer Lebensmöglichkeiten durch die Hoffnung auf gesellschaftlichen Aufstieg nach der Rückkehr rechtfertigen), gleichzeitig die Möglichkeit der Ausweisung von 1,2 Millionen Ausländern erwogen wird.

Diese Probleme (beliebig zu vermehren: Chile und was es für uns bedeutet, Vietnam, die Ökrisis etc.) können nur angegangen werden, wenn wir einen politischen Dis-

MINIMALE ANSÄTZE

Ein Ansatz einer Lösung wären und sind die Stadtteilgruppen, aber nach wie vor stellt sich das Problem des Zusammenhangs einer kontinuierlichen Arbeit im Stadtteil und den zentralen Aktionen Hausbesetzungen und -verteidigungen, Demonstrationen etc. Ähnliches gilt für die verschiedenen Betriebsgruppen. Meistens werden die Aktionen nicht als Schritt vorwärts in der eigenen Arbeit angesehen, sondern als Störung, weil diese Arbeit sich in einer so unmittelbaren Weise auf die gegebene Situation bezieht, besonders was die Frage der Militanz angeht, daß sie die Fortschritte und Fragestellungen ignoriert, die uns von anderen vorgezogen werden, ohne daß wir unmittelbar beteiligt waren. Beispiel Ford. Immer wieder.

Der jetzige Versuch, eine Organisationsform kleiner Gruppen zu schaffen, war vorerst nur die Antwort auf die militante Bedrohung durch die Bullen. Was wir schon im-



mer gesagt hatten, daß wir nicht einzeln auf die Demonstration laufen dürfen, wurde bei der zweiten CISNU-Demonstration erstmals wirklich organisiert und somit auch wirklich massenhaft gemacht. Ob es gelingt, aus diesen Gruppen politische Zellen zu formen, die universell diskutieren und praktisch arbeitsteilig arbeiten, oder ob es notwendig ist, statt der jetzt entstandenen Gruppierungen solche inhaltlich arbeitsteiliger Art zu schaffen statt weitgehend nach Wohnzusammenhängen zu organisieren, muß ein Punkt der Diskussion sein. Klar ist bisher nur, daß inhaltliche Fortschritte unserer Arbeit unmittelbar an ihre Organisation gebunden sind. D. h. an die verantwortliche Übernahme arbeitsteiliger Aufgaben bei einem gleichzeitigen allgemeinen Diskussionszusammenhang an Stelle der bisherigen Struktur, die geprägt ist von undiskutierten Arbeitsansätzen relativ weniger Genossen, Zentralisierung von Diskussionen und Entscheidungen, verbunden mit Angriffen auf „Kader“ und „geheime ZKs“, normalerweise ohne die Bereitschaft, sich bei Versuchen einer praktischen Änderung dieser Struktur durch Organisation der Arbeit wirklich zu engagieren, und der kollektiven Unfähigkeit, notwendige Aufgaben auszuführen, weil keine Arbeitsteilung innerhalb eines unorganisierten Zusammenhangs möglich sind. Wir können nichts neues aus der Luft aufbauen. Diese Diskussionen können mit Konsequenzen nur in den momentan vorhandenen Gruppen, insbesondere den durch die letzten Demonstrationen geschaffenen, geführt werden. GENOSSEN VOM RK

kussionszusammenhang bei gleichzeitiger Arbeitsteilung schaffen: so stellt sich die Frage der inneren Organisation der linken Bewegung.



Ein Flugblatt, das zum Widerstand aufruft

Taktische Unterweisungen für den Kampf mit der Polizei

„Jetzt weiß die Polizei, was sie zu erwarten hat“, kommentierte Polizeisprecher Hans Neitzel gegenüber der FR den Inhalt eines Flugblattes, das an der Universität verteilt wurde und in dem unter der Prämisse „Widerstand ist nötig“, taktische Anleitungen für den zu erwartenden Häuserkampf um den Komplex Bockenheimer Landstraße / Schumannstraße gegeben werden.

Das Flugblatt, das keinen für den Inhalt Verantwortlichen ausweist, jedoch als Informationsstelle das Mieterzentrum in der Bockenheimer Landstraße 111 angibt, empfiehlt die Gruppentaktik: „Wir können nicht einzeln oder zu zweien rumlaufen.“ Die Polizei werde nämlich „Greiftrupps bilden, um einzelne zu verhaften“. Es müsse Ziel der Demonstration sein, zivile und uniformierte Einsatzgruppen „von der Masse der Bullen abzuschneiden.“

Die Polizei wolle Wasserwerfer mit Tränegas und Kampfgas einsetzen. „Die Bullen werden wieder treten, prügeln und mit Steinen werfen.“ Adäquate Gegenmittel laut Flugblatt: Wasserfeste Kleidung, fest anliegende Schwimmbrillen, Mundschutz und Helme.

Das Flugblatt verfügt „striktes Fotografierverbot für alle. Auch Amateurfotografen und Presseleute dürfen bei Auseinandersetzungen nicht knipsen. Häufig beschlagnahmten die Bullen deren Fotomaterial, um es gegen uns zu verwenden.“ Das Flugblatt argumentiert: „Wer nicht unter Bergen von Reformentwürfen schlafen will statt in Wohnungen zu erträglichen Mieten, der muß sich holen, was er braucht.“ Das Sozialbindungspapier wird als Mittel „der organisierten Ausbeutung“ bezeichnet.

Die im Flugblatt erteilten Ratschläge sind identisch mit einem Papier, das in Kreisen der extremen Linken in Berlin verbreitet wurde. Titel: „Straßenwerbertipps.“

Für Bezirkskommissar Hans Neitzel ergibt sich daraus zwingend, daß die Polizei „mit Härte auftreten muß, sonst wird sie überrollt“. Das Verhalten der Polizei bestimme ausschließlich die Gegenseite, und die wolle die Konfrontation. Man werde zur gegebenen Zeit, wenn von polizeilicher Brutalität die Rede sei, auf Formulierungen in dem Flugblatt zurückkommen, um zu zeigen, von wem die Gewalt ausgegangen sei.

der Spekulant Bubis sei doch ein netter Kerl, dann man jetzt einen Gefallen schuldig sei. Im Interesse der Banken und Spekulanten soll also jetzt geräumt werden. Daher stellt sich jetzt für die Bewohner des Blocks, für alle Betroffenen und Sympathisanten des Häuserkampfes, eine zentrale Frage:

- Leisten sie Widerstand gegen die Räumung, versuchen sie, den Abriß zu verhindern, nehmen sie das Wahlgewicht von der menschlichen Stadt ernst, riskieren sie also, zusammengeschlagen und wegen Aufruhr, Widerstand usw. von den Gerichten abgeurteilt zu werden, oder
- gehen sie raus, lassen sie sich als Gruppe auflösen, in Einzelzimmer verbannen und als einzelne Opfer der Verwaltung hilflos den Maßnahmen der Stadt ausliefern, ohne jemals eine Veränderung ihrer Situation erwarten zu können?

Die SPD machte sich bei der letzten Wahl den Häuserkampf zunutze, um sich als sozial darzustellen, und legte im letzten Jahr das Windel „Sozialbindungspapier“ als Reform vor. In Wirklichkeit beteiligt sich die Hessische Landesbank, in deren Vorstand viele führende Sozialdemokraten, u.a. Rudi Arndt und Ministerpräsident Osswald, sitzen, mit Millionensummen und Millionenprofite an der Spekulation. Einer der Erfolge des Häuserkampfes ist es, daß vielen Bürgern (und SPD-Wählern) inzwischen klar ist, daß die SPD, die noch vor kurzem das geschärfte Bewußtsein der Leute in Wahlstimmen für sich ummünzen konnte, daß dieselbe SPD an der Leine der Spekulanten geht und sogar an der Ausbeutung direkt beteiligt ist.

Jetzt wollen SPD und Magistrat jeden, dem das Rückgrat nicht schon einmal gebrochen ist, vor die Alternative stellen, PRÜGEL ODER UNTERWERFUNG. Ihre Reformpolitik und die Prügeltorgien der Polizei sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer mit Reformversprechungen statt wirklichen Veränderungen nicht zufrieden ist, geht das Risiko ein, in Knast oder Krankenhaus zu landen. Aber der Häuserkampf hat auch bewiesen, daß Widerstand möglich ist. (Zuletzt im Kettenhofweg.)

Das Bild, das wir von der SPD hier in Frankfurt haben, ist überall zu sehen, beim Häuserkampf so deutlich wie bei den Streiks im Sommer. Der Einfluß der Reformregierung, die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die konzentrierte Aktion hatte zu einem Tarifabschluß geführt, der nicht einmal den Reallohn sicherte. Trotz der Maßnahmerunde von Kanzler Brandt durch die wichtigsten Betriebe begannen die Arbeiter, sich selber zu holen, was sie brauchten. Die Reaktion der Boisse war am klarsten bei FORD/Köln: Eine Prügeltrope von Gewerkschaften, Meistern und Zivilbulen provozierte auf dem Werksgelände eine Schlägerei, damit die SPD-Polizei einen Grund hatte einzugreifen. Die räumte dann mit äußerster Brutalität das Werksgelände. Die Kollegen, hauptsächlich Türken, hatten auf Disziplin und Gewaltlosigkeit gebaut und waren auf diesen militärischen Einsatz nicht vorbereitet. Willy Brandt aber wußte Bescheid: Er empfing stündlich die Berichte seiner Polizeiführung in Köln.



Wer nicht unter den Bergen von Reformentwürfen schlafen will statt in Wohnungen zu erträglichen Mieten, der muß sich holen, was er braucht. Das heißt für uns: WIR MÜSSEN UNS GEGEN DIE GEWALT DER BANKEN, UNTERNEHMER UND SPD-BULLEN VERTEIDIGEN!!

Wer zur Demonstration und Verteidigung des Blocks Bockenheimer/Schumannstraße kommt, muß wissen, daß es hier nicht mehr um reformistische Sandkastenspiele geht. DIE POLIZEI WIRD MIT GRÖSSTER BRUTALITÄT VORGEHEN, sie wird ihre neuen Waffen einsetzen und ihre Spezialkommandos „zur Bekämpfung des Terrorismus“, denn wer sich wehrt, wer sich ernst nimmt und seine Interessen verteidigt, der ist für die SPD ein Terrorist.

Wir können nicht einzeln oder zu zweien auf der Demo rumlaufen wie auf einem Spaziergang, sondern nur gruppenweise, um uns zu schützen. Das heißt, daß man in dem Zusammenhang, in dem man lebt (Wohnung, Nachbarschaft) und in dem man arbeitet (Schule, Stammtisch, politische Gruppe) auch auf die Demo kommt und BIS ZUM SCHLUSS ZUSAMMENBLEIBT!!

DIE BULLEN BILDEN GREIFTRUPPS, um Einzelne, die sie sich vorher aussuchen, zu verhaften, wenn die Gelegenheit günstig ist, um sie nachher als Rädelsführer vorweisen und aburteilen zu können. Wir



müssen diese Greiftrupps von der Masse der Bullen abschneiden und dadurch wirkungslos machen.

DIE BULLEN SETZEN ZIVILE EIN.

die gekleidet sind wie wir selber. Sie sind mit Pistolen bewaffnet, die sie sehr schnell ziehen. Sie treten in kleinen Gruppen auf und versuchen Verhaftungen, häufig auch Provokationen, um uns dort in Auseinandersetzungen zu verwickeln, wo wir schwach sind. Diese Ziviltrupps können nur durch feste Gruppen von uns abgewehrt und verjagt werden.

DIE BULLEN SETZEN ZIVILE FOTOTRUPPS EIN, die möglichst viele Demonstranten fotografieren sollen, besonders da, wo sie Schlägereien angefangen haben. Diese Fototrups müssen genauso behandelt werden wie die Greiftrupps. Außerdem sollte man Gesichtstücher tragen und dunkle, unauffällige Kleidung. Auch Amateurfotografen und Presseleute dürfen bei Auseinandersetzungen nicht knipsen. Häufig beschlagnahmten die Bullen deren Fotomaterial, um es gegen uns zu verwenden. Also striktes Fotografierverbot für ALLE!

DIE BULLEN SETZEN WASSERWERFER MIT TRANENGAS GEMISCHT EIN, daher unbedingt wasserfeste Kleidung tragen, denn das Zeug brennt höllisch auf der Haut. Möglichst Kleider zum Wechseln in nahegelegenen Wohnungen deponieren. In Sportgeschäften gibt es für etwa 8,00 DM fest anliegende Schwimmbrillen (Chloridieren), die die Augen schützen. Für Mund und Nase mit Zitronensaft getränkte Mullbinden unter den Gesichtstüchern befestigen oder Infektionsmasken oder den Mundschutz, der beim Lacksprühen verwendet wird.

DIE BULLEN WERDEN WIEDER TRETEN, PRÜGELN UND MIT STEINEN WERFEN, also sollten wir Helme von unauffälliger Farbe tragen. Für den Hals einen Wollschal, für den Nacken einen „Tiefenschutz“, den es für etwa 20,00 DM in Sportgeschäften gibt. Festes Schuhwerk nicht vergessen.

NOCHMAL: Entscheidend für den politischen und praktischen Erfolg der Aktion ist der Zusammenhalt einerseits der „Kleingruppe“, (fester Treffpunkt vor und nachher) andererseits der Demonstration als Ganzes, deshalb: Bei der Flucht vor der Übermacht, nicht aufsplintern lassen, sondern in eine Richtung zurückweichen und zum Hauptkern der Demo zurückfinden! Übrigens lohnt es sich nicht in allen Fällen, vor den Bullen abzuhäuten und dann wiederzukommen, man kann oft ebenso gut einfach stehenbleiben und Widerstand leisten, denn MERKE: Auch die Bullen kochen nur mit Wasser, sind Menschen, haben Familie und einen Feierabend, den sie so lieben wie ihre Gesundheit!

Die Gewaltanwendung des reformistischen Staates soll uns zwingen, jeden Gedanken an Widerstand aufzugeben und allein auf seine Politik zu vertrauen. Wir sollen zu Objekten ihrer Herrschaft gemacht werden, statt selber unser Schicksal in die Hand zu nehmen. Wir sollen auf ihre Reformen warten, die dann aussehen wie das wertlose Sozialbindungspapier, das die Ausbeutung nicht abschafft, sondern erst organisiert, deshalb sind die angegebenen Selbstschutzmaßnahmen kein technisches Problem, sondern Bestandteil der politischen Frage, die wir beantworten wollen, die wir beantworten müssen, wenn es uns ernst ist um unsere Ansprüche und Bedürfnisse.

WIDERSTAND IST NOTIG!
WIDERSTAND IST MÖGLICH!
WENN WIR UNS WEHREN, DANN RICHTIG!

Der Gewalt des Magistrats, der Gewalt des Staates werden wir die Macht der Solidarität, die Kraft des gemeinsamen Widerstandes entgegenzusetzen! KOMMT ZU DEN INFORMATIONSTEACH-INS UND ZUM INFORMATIONSZENTRUM IM MIETERZENTRUM, denn DIE BESTE TAKTIK IST WERTLOS OHNE STRATEGIE!!

Der vollständige Text:

Widerstand ist nötig

Was ist bei der Räumung des Blocks Schumannstr./Bockenheimer zu erwarten? Wie können wir uns wehren? - Einige Lehren aus den Kämpfen um den Kettenhofweg. Mit der Räumung des Blocks müssen wir nach der Bauausschussitzung vom Dienstagabend jeden Tag rechnen! Die Position des Magistrats ist klar: Er nutzte keine der vielen rechtlichen Einspruchsmöglichkeiten, den Bau des 28-stöckigen Büroklotzes zu verhindern, der an der Ecke geplant ist, er schob die Verantwortung auf den geschäftigen Baudezernenten Kammermeier, an dessen Beschlüsse man noch gebunden sei, und befand,



FRANKFURT:

STREIK AN DER UNI

An Frankfurts Uni streiken die Professoren. Die Studenten der ersten vier Semester des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften wurden ausgesperrt. Die Antwort der Studenten der gesamten Uni hierauf lautete: aktiver Streik. Die Aussperriungsmaßnahme der Profs wurde von Uni-Präsident Kantzenbach mit „Gefährdung von Leben und Lernfreiheit durch linke Rollkommandos“ begründet. Was war passiert? Engels, Ordinarius für Bankbetriebslehre, war beauftragt, eine Einführungsvorlesung in die Ökonomie für Erstsemester zu halten. Diese Vorlesung ist als einzige Veranstaltung des Fachbereichs so konzipiert, daß ohne Prüfungsdruck den Erstsemestern allgemeine ökonomische Fragen und der Rahmen des Ökonomiestudiums vermittelt werden soll.



Engels sabotierte auch dies, indem er sich weigerte, einen Tutor in der Veranstaltung als Diskussionsleiter zu akzeptieren. Damit machte er erneut deutlich, daß er von vornherein in keiner Weise bereit war, mit den Studenten zu diskutieren. Außerdem erstattete er Anzeige wegen Nötigung gegen zwei Genossen. Eine Vollversammlung der Wirtschaftswissenschafts-Studenten beschloß daraufhin, daß die Engels-Vorlesung nicht mehr stattfinden wird, wenn die Anzeigen nicht zurückgenommen und die Forderung nach Wahl eines Diskussionsleiters nicht erfüllt wurden.

Uni-Präsident und Rechts-SPDler Kantzenbach hob diese scheinbar unwichtige Sache auf eine andere Ebene, indem er das Postulat von der Unteilbarkeit der Lernfreiheit erforderte und mit dieser Begründung sämtliche Lehrveranstaltungen im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für eine Woche aussetzte. Gleichzeitig kündigte er an, daß die nächste Engels-Vorlesung unter Polizeischutz stattfinden würde.

Von studentischer Seite zum Boykott aufgefordert, ließen dreißig „horwillige“ Studenten (Presseleute und Zivillisten mitgezählt) sich und die Lehrfreiheit von fünf Hundertschaften Bullen schützen. In der Woche drauf sprengten ca. 300 einläßlich berechnete Studenten der Anfangssemester I „Roll-



Hochschullehrer Engels, 1972 aussichtsloser CDU-Bundestagskandidat im SPD-beherrschten Frankfurter Westend, hatte von Semesterbeginn die Vorlesungsinhalte in einem vom CDU-Wirtschaftsrat finanzierten Pamphlet, welches in 200 000 Auflage kostenlos an Schulen verteilt wurde, formuliert. In der Werbeschrift „Soziale Marktwirtschaft – verschmähte Zukunft“ versuchte Engels, einen platten Anti-Marx zu schreiben (ohne Marx je gelesen zu haben) unter gleichzeitiger Anpreisung der Marktwirtschaft als einem System „uneingeschränkter sozialer Nützlichkeit“. „Die Gewinne unserer Marktwirtschaft werden um so kleiner, je mehr der einzelne Unternehmer nach größtmöglichem Gewinn strebt“.

Engels, der sich um diese unter den Hochschullehrern sehr unbeliebte Vorlesung freiwillig bewarb, wollte sich für die nächste Landtagswahl durch besonders provokantes Auftreten bekannt machen und als Reaktionär profilieren. Das dokumentierte er in der Veranstaltung unter anderem dadurch, daß er keine Fragen zuließ, z.B. eine Stunde lang aus der Bibel vorlas oder seinen altbekannten Vorschlag, die Uni in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln, vorkaute. Nachdem die Veranstaltung einige Male platzte, weil die Studenten sich das nicht gefallen ließen, schlug der Dakan einen Kompromiß vor, der die Teilung der Veranstaltung in Vortrag und Diskussion beinhaltete.



kommandos“) die Vorlesung trotz Bullenschutz und setzten so den Vollversammlungsbeschuß in die Tat um.

In der Zwischenzeit war es auch in anderen Veranstaltungen des Grundstudiums durch Fragen von Studenten zu ähnlichen Auseinandersetzungen gekommen, die auch zum vorübergehenden Abbruch der jeweiligen Veranstaltung führten. Die Ordinarien und ihr Sprecher Kantzenbach schlugen nun voll zu: 1) die Anfangssemester des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften werden für das gesamte Semester ausgesperrt und die

Veranstaltungen werden abgesetzt. 2) den Tutoren, die sich mit den Forderungen der Studenten solidarisiert hatten, und das waren fast alle, wurde die Kündigung angedroht – die ersten fristlosen Entlassungen sind bereits da. 3) Kantzenbach rief laut nach dem Ordnungsrecht und kündigte weitere Polizeieinsätze an.



Mit diesen Maßnahmen und der Art der Durchsetzung, die mit der hessischen Landesregierung vorher abgesprochen und öffentlich gesegnet worden war, verschwanden auch die allerletzten Reste hochschulpolitischer Differenzen zwischen Dieggers Rechtsaußenmannschaft und der Hessen-vorn-SPD.

Einig waren sich SPD und CDU in der Frage des Ziels von Hochschulpolitik und -reform: Die Uni sollte mehr Studenten in einem verschulten und damit unkritischen Studium in kürzest möglicher Zeit dem Verwertungsinteresse des Kapitals zur Verfügung stellen. Mittel dazu sind u. a. HRG, d. h. Regelstudienzeit, Zwischenprüfungsordnung, Aufnahme von sog. Praktikern in die Gremien, in denen Lernziele und Inhalte der einzelnen Studiengänge bestimmt werden.

Die Unterschiede in der Durchsetzungsstrategie waren: Die SPD versuchte die Studenten zu befrieden und in den bestehenden Uni-Betrieb zu integrieren, indem sie mit der Mitbestimmung lockte. Auftretende Konflikte wurden durch Zurücknahme der Zugeständnisse seitens der SPD-Landesregierung (Novellierung von Hochschulgesetzen) bzw. durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes („In allen relevanten Fragen ist den Hochschullehrern die Mehrheit zu sichern“) gelöst.

Währenddessen piffte die CDU von Anfang an auf solche „Hirngespinnste“ von Reformern und verließ sich stattdessen auf den bestehenden Herrschaftsapparat und die Neueinführung eines Ordnungsrechts, um es der Uni-Bürokratie zu erleichtern, aufmüpfige Studenten vom Studium auszuschließen. In einem Satz läßt sich die neue gemeinsame Hochschulpolitik von SPD und CDU so darstellen: Wer nicht studieren will, wie die Herrschenden es wollen, der braucht ja nicht zu studieren. Wer es trotzdem tut und aufmuckt, wird gefeuert. Mit dem Frankfurter Uni-Konflikt wird klar, daß die Hochschulreformer der SPD mit ihrer Politik die Forderungen der CDU übernommen haben und sie durchzusetzen versuchen.

Eine Analyse des von den Studenten beschlossenen Streiks, der zur Zeit an der Uni läuft, folgt in der nächsten WWA.



typisch...



SHI-Sozialistische Hochschullehrerinitiative

Der Archipel BGH

Am 8. 1. 1974 hat der 5. Senat des Bundesgerichtshofes die beantragte Revisionsverhandlung von Werner Hoppe abgelehnt. Zehn Jahre Knast – und Knast heißt Isolations-, Einzelhofgang mit Handschellen – wurden damit unter schweigender Billigung einer Öffentlichkeit bestätigt, die nach anfänglich des Prozesses und des Urteils gegen Werner Hoppe lautstark nach der Revision gerufen hatte. In der Rundschau ein kurzer Artikel, in der FAZ nicht eine Zeile, im Spiegel sind Folter und Terror vor allem aktuell, wenn sie sich vor vierzig Jahren in der Sowjetunion abspielten. Solschenizyns Archipel Gulag enthält unter anderem präzise Beschreibungen von Isolations- und Schlafstätten, Beschreibungen, die die künftigen Herren von Justiz und Strafverfolgung abschreckend funktionieren können, denn sie kennen sie besser, aus eigener praktischer Erfahrung.

Seit dem 21. 12. 1973 ist die Isolier-
haft gegen Übrige Menschheit verschafft
worden. Wieder befindet sie sich in einem
völlig leeren Trakt in Düsseldorf.

Ronald Augustus, seit dem 24. 7. 1973 in U Haft wegen des Verdachts auf RAF Zugbrückentat, darf mit keinem anderen Gefangenen sprechen, vor seinem Fenster wurde ein dreifaches Gitter aufgebracht.

Totale Postpersone haben Verena Becker, Inge Vietz, Wolfgang Knupe in Westberlin, Carmen Hill in Schwarzbach-Gmünd, Siegfried Hansen in Karlsruhe, Klaus Jenschke, Manfred Grashoff, Wolfgang Grundmann in Zweibrücken, Jan Carl Raspe, Gerhard Müller, Ulrike Meinhof in Köln, Andreas Baumbach in der Nähe von Kassel.

Die Besuche der Isolationskeller an politischen Gefangenen lassen sich ergänzen, 'mal ist die Isolierung total, zeitweise wird sie aufgehoben, bei anderen nicht, wie es den Vollzugs- und Ermittlungsbehörden in den Kram paßt.

Wenn Waldhof hat die Auswirkungen von zweieinhalb Jahren Isolierung in Straubing und Karschau beschrieben: „Zeit in der der üblichen Definition eigentlich nicht existiert, nur graue, gleichförmige Masse. Klönner Ereignisse (und darum handelt es sich fast ausschließlich) lassen sich chronologisch nicht mehr einordnen, sie liegen prak-

tisch allzu auf einer Kreisbahn mit mir als Mittelpunkt und in einem unbestimmten, aber gleichbleibenden Radius (z. B. frage ich mich um 18 Uhr, was ich um 17 Uhr zum Abendbrot gegessen habe, es fällt mir wieder ein und stattdessen: „oder hat's das gestern gegeben?“ oder vorgestern? usw.). . . . Denkfähigkeit ich nehme wieder Gedanken auf noch lege ich welche ab, ich arbeite praktisch nur mit der vorgelagerten Substanz in immer wieder neuen, aber liegenden Variationen. Die Anzahl dieser Variationen nimmt übrigens im Lauf der Zeit stark ab und beschränkt sich schließlich nur noch auf einige wenige Gedankenkreise, die immer wieder durchlaufen werden. . . .“ (Hermes Extern, Wien, Dez. 1973)

Die BGH setzt in den Foltervorwürfen nur Beleidigung und Herabsetzung der Justiz. Wollen soll eine Justiz eigentlich noch herabgesetzt werden, die inzwischen zur versuchten Tötung vorgeschritten ist?

Katharina Hammerschmidt, die sich 1972 freiwillig der Justiz gestellt hatte, erkrankte in der U-Haft in Berlin an einem bösartigen Tumor. Schon im August 1973 wurde ihm einer routinemäßigen Untersuchung ein Schatten auf der Lunge festgestellt. Im September quälten die Augen zu, der Hals schwellte an. Im Oktober wurde sie erneut gestraft, angeblich ohne Grund. Erst nach einem Hungerstreik und ungeduldeten Anzettelungen konnte Katharina Hammerschmidt Ende November unterbracht werden. Die Ärzte im Knast stellten einen Knoten am Hals fest und schickten sie in die U-Haft. Erst nach einem Feststellungsamtall (Beweischarakter) „Pflast sie schon?“ Warten: „Ja, aber nicht mehr lange.“) wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Die Ärzte am Klinikum stellten fest, daß der Tumor nicht mehr behandelt werden kann.

Aus dem alten Schönerer'schen Buch:
„Wie sollte eine Minderheit sich der Mehrheit
andern als durch Taten aufzuwiegen?“

Wie ist das mit dem Terror in der BRD?

Was ist das mit der Gefährlichkeit der Mehrheit?



RK



Hamburg

Hausbesetzer- prozeß

Nachdem das Oberlandesgericht am 3. 8. 1973 durch seine Entscheidung die Weichen für den § 129 gestellt hatte, eröffnete die Staatschutzkammer (Strafkammer 8) unter Vorsitz von Richter Ziegler am 26. 9. 1973 kurz nach 9 Uhr die Hauptverhandlung. Vorhergegangen war ein bühnen Spektakel mit Blitzlicht und Fotoreportern, die bei der Hauptverhandlung rausgedrängt wurden. Das Strafjustizgebäude war hermetisch abgeriegelt, und drinnen natürlich das gleiche. Von den acht Angeklagten erschienen fünf. Gernot Karl-Heinz, der mittlerweile sieben Monate im Knast sitzt, wurde, da er nicht bereit war freiwillig zu erscheinen, zwangsgeführt. Vier Bullen prägelten ihn herum, drückten ihn auf die Anklagebank und hinderten ihn

daran, sich zu bewegen. Deshalb kam es in der Saal zu Spritzschüssen der Zuschauer. Die Reaktion des Vorsetzenden: Räumung des Saals durch seine Kumpelkade. Die Örtlichkeit wurde für den Verkehr dieses Tages ausgeschloßen. Dann wurde das Verklageschert verlesen, das von krimineller Verfolgung, Verletzung Landesherrschens lautete.

2. Tag
Die Verteidigung gab eine Erklärung zum Inhalt der „Neuen Heimat“ in den Hamburger Ausbeutungslagerung ab. Es ist einschneidende Erklärung der Angeklagten, andere mit den Worten: „Neue Heimat und Heimat sind ein Gangster- und ein Dumm- und ein Bösewicht- und ein Kriminell- und ein Verbrecher- und ein Verurteilten- und ein Gefangenensystem.“ Die Angeklagten, die sich nicht anklagen schuldig, argumentieren, dass sie nicht über überraschend die Aussage. Die Angeklagten, die nicht andere Worte, die nicht die Falsch und Flugschreien, die nicht die Falsch, die Angeklagten.

3. Tag
Nachdem das Heide-Gewitter den Abendtag
dunkel verweht, kühn, kühn, kühn gesteht, wie
ges. Rausch, im Lichte der Nacht.

Katharina Hammerschmidt

"Sie haben nichts"

Die Untersuchungsplangene Katharina Hammerschmidt, 30 Jahre alt, die sich seit dem 30.6.1972 in Isolatorhaft befindet, hatte seit dem 26.9.1973 folgende Beschwerden und verlangte deshalb den Arzt: starke Schmerzen in der Brust, Speichelschmerzen, Heiserkeit, Anschwellung des Halses.

Zwar wurde sie daraufhin von der Anstaltsärztin und einen Tag später von dem Anstaltsfacharzt Dr. Lockel untersucht, zwar wurde fünf Tage später eine Röntgenaufnahme des Brustkorbes angefertigt, aber sie wurde nicht behandelt. Stattdessen wurde ihr erklärt: „Sie haben nichts.“

In den nächsten Wochen verschlimmerte sich Katharina auf Hämorrhoidschmerz. Es trat Atemnot auf, die Sprachschwierigkeiten und die Brustschmerzen nahmen zu, der Hals wurde fast so dick wie der Kopf. Deshalb verlangte sie immer wieder behandelt zu werden. Die Anstaltsärztin erklärte ihr aber: „Wie sehen Sie jetzt aus? Das haben Sie von Ihrem Hungerstreik. Ins übrige kommt das vom Aus den Feinsten Strahlen.“

46 Tage lang erfolgte nichts. Da eine Behandlung von den Anstaltsärzten verweigert wurde, setzte der Verteidiger durch, daß ein Arzt der Universitätsklinik Berlin, Dr. Wenzel, sie im Gefängnis untersuchte. Aufgrund des alarmierenden Zustands von Katharina Hammerschmidt forderte er sofort eine Reihe von dringenden Untersuchungen. Diese lehnten die Anstaltsärzte zunächst ab. Erst acht Tage später wurde sie unter Vor Spiegelung, sie wurde von Dr. Wenzel untersucht werden, von Ärzten nach Wahl der Anstalt untersucht. Sie wurde wieder nicht behandelt. Sieben Tage später hatte sie beson-

Wir wissen
schon, wie wir
politische
Gefangene
zu behan-
deln
haben!



ders schwere Erstickungsanfall. Erst drei Tage später – nach 84 Tagen Nichtbehandlung – wurde sie daraufhin zur Behandlung ins Klinikum Sreßnitz eingeliefert und behandelt.

Die Süddeutsche Zeitung vom 12. 1. 1974 berichtete: „Auch Dr. Neubauer, der die Patientin nach Entlassung aus der Haft untersucht, vertritt die Ansicht, mit normalem medizinischen Verstand hätte sie längere eine Erkrankung festgestellt werden müssen.“ Und das Heidelberger Tagblatt vom 12. 1. 1974 schrieb: „Ein Arzt des Klinikums und ein weiterer Mediziner ... bestätigen, daß die Krankheits Symptome eindeutig zu erkennen gewesen seien und daß eine Behandlung schon wesentlich früher hätte einsetzen müssen.“ Dr. Neubauer stellt auch fest, daß nicht einmal erst ab 26. 9. 1973 eine Behandlung hätte erfolgen müssen, sondern schon seit August 1973, denn „auf einer routinemäßig gefertigten Röntgenaufnahme vom August 1973 [soll eine Vergrößerung im Lungenbereich erkennbar. Seinerzeit sei der inzwischen kirschkugelförmige Tumor möglicherweise noch zu operieren gewesen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 12. 1. 1974).

Auf Grund der geschilderten Vorfälle stellen am 16. 1. 1974 folgende Teilnehmer der Studium Generale Veranstaltung an der Universität Heidelberg „Die Medizin als gesellschaftliche und politische Kraft“ gegen die Verantwortlichen Strafantrag wegen versuchten Mordes an Katharina Hammer schmidt.

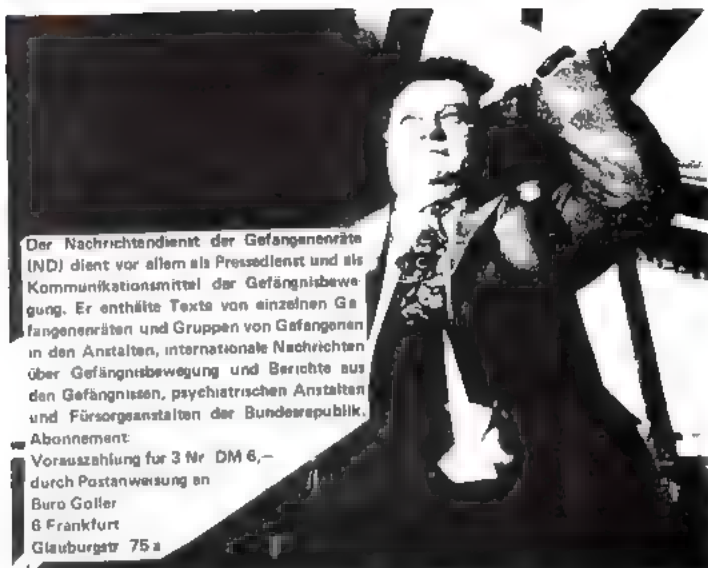
Studium Generale, Heidelberg
(Es folgen 92 Unterschriften)



Die Knastgruppe des Sozialen Selbsthilfe-Komitees gibt die Zeitung KNAST Nr. 1 und Nr. 2/3 sind bereits erschienen. KNAST ist eine Zeitung von Gefangenen für Gefangene und alle an der Knastproblematik Interessierten.

Bestellungen an: SSK-KNAST-GRUPPE
8 München 80
Bruggafenstr. 4
Preis für Nr. 1 DM 1,- + Porto
Preis für Nr. 2/3 DM 1,50
(in Form von Briefmarken)
Bei Abonnement bleibt der Preis gleich;
Porto entfällt.

Fort. HAMBURG →



Der Nachrichtendienst der Gefangenerräte (ND) dient vor allem als Pressedienst und als Kommunikationsmittel der Gefängnisbewegung. Er enthält Texte von einzelnen Gefangenerräten und Gruppen von Gefangenen in den Anstalten, internationale Nachrichten über Gefängnisbewegung und Berichte aus den Gefängnissen, psychiatrischen Anstalten und Fürsorgeanstalten der Bundesrepublik.

Abonnement:
Vorauszahlung für 3 Nr. DM 6,-
durch Postanweisung an:
Büro Goller
8 Frankfurt
Glauburgstr. 75a

und eine angeklagte Genossin die an den beiden vorigen Verhandlungstagen nicht erschienen war, im Zuhörersaal verhaftet worden war, schlossen sie die Öffentlichkeit bis zu den Plädoyers aus. Die Verfahren von zwei nicht erschienenen Genossen wurden abgetrennt.

Dann ging die Beweisaufnahme weiter. Bullenzeugen sagten aus, daß sie bei einer nachtlischen Aktion ca. 25 bewaffnete Hausbesetzer festgenommen hätten. Unter diesen 25 Leuten auch die Angeklagten. Ein Bulle wurde angeblich an der Hand verletzt, konnte aber bei seiner Aussage nicht angeben, an welcher Hand er verletzt wurde.

4. und 5. Tag
Bullen schilderten ihre heroischen Taten bei der Räumung der Eckhofstraße 39.

6. Tag
Vernehmung der Eltern, wobei ein Elternpaar die Aussage ablehnte und einige gar nicht erst erschienen waren. Bei dem Rest das übliche Gelaber über Kindheit, Schule und Arbeit. Auf Antrag der Verteidiger wurde dann der Pressesprecher der BeWoBau als Zeuge verhört. Er fasste davon, daß Hausbesetzungen ja eigentlich eine soziale Sache seien, aber da er bzw. die BeWoBau Gewalt ablehnen, könne die BeWoBau die Handlungen der Hausbesetzer nicht akzeptieren. Komischerweise wurde die Anzeige der BeWoBau

wegen Hausfriedensbruchs erst nach der Räumung erstattet.

7. Tag
Plädoyer der Staatsanwaltschaft. Man versuchte, aus widersprüchlichen Aussagen und Lügen ein Beweispaket zu konstruieren, das die angeklagten Genossen als Terroristen abstempeln sollte. Trotz alledem mußte die Klassenjustiz den so mühsam vorbereiteten § 129 fallen lassen.

Antrag der Staatsanwälte für 4 Genossen jeweils 4 Wochen Jugendarrest für eine 1/2 Monate auf Bewahrung für den Genossen Karl Heinz ein Jahr ohne Bewahrung. Die Anwälte forderten Freispruch für alle.

8. Tag
Urteilsverkündung
1 Jahr ohne Bewahrung für Karl Heinz
9 Monate ohne Bewahrung für Dieter
je 4 Wochen Jugendarrest und 8 Arbeitsstunden für Kaspar Peter, Franz Ott und Wolfgang.

Dokumentation „Wir greifen an“ Springer, Senat und NEUT HEMAT“ erhältlich bei MANIFEST Pohtischer Buchladen 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79 DM 2,50 (enthält eine Einschätzung des eigenen Vorgehens, genaue Analysen der NEULEN HEMAT, der Rolle der Springerpresse des Polizeiparats und des § 129)

„Listen von Sozis, Kommunisten und Gewerkschaftern“

Die hessische CDU weist Gerüchte über geheime Absprachen mit der NPD zurück / Von Alfred Behr

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Dienstag, 29. Januar 1974

Zehn Monate vor der nächsten Landtagswahl in Hessen kletterten die süd-hessischen Sozialdemokraten in den Ring und eröffneten den Wahlkampf mit einem Schlag gegen die CDU, der den Gegner zwar traf, aber nicht von den Benen riß. Die CDU habe, so die SPD, geheime Absprachen mit der NPD getroffen und ihr Finanzhilfe angeboten, wenn die Nationaldemokraten bereit seien, ihre Kandidaten vor der Wahl zurückzuziehen und für die CDU zu stimmen. Die Christdemokraten kontierten und sprachen von einem Greulmärchen, das Radio Moskau in die Welt gesetzt habe.

Von jener Rundfunkmeldung aus der Sowjetunion wissen die süd-hessischen Sozialdemokraten nach eigenen Angaben nichts. Von der angeblichen Geheimabsprache zwischen CDU und NPD hätten sie zum ersten Male am 5. Januar erfahren, als das DKP-Organ „UZ“ und die linksgerichtete Wochenzeitschrift „Die Tat“ gleichzeitige entsprechende Meldungen veröffentlichten.

Die SPD verhielt sich nach ihrer Meinung zunächst einmal still. Sie ließ das Thema erst wieder aufgreifen, als sich der Informant, welcher beiden Blättern schriftlich bei ihr meldete, der Bitte des Mannes um Wahrung seiner Anonymität entsprach.

Die SPD aber sie ließ sich zur eigenen Rückendeckung von dem Informanten eine eidesstattliche Versicherung für die Richtigkeit seiner Aussagen geben und verlangte von ihm zusätzlich die Bereitschaft, falls von einem ordentlichen Gericht seine Angaben zu beschwören.

Der Zeuge berichtete, er sei von einem ihm bekannten NPD-Mitglied am 18. Dezember, also vier Jahre in die Vergangenheit, eines Werbekaufmanns in der Frankfurter Klaus-Groß-Straße mitgenommen worden. In dem Haus seien einige maßgebende Nationaldemokraten zusammen gewesen, unter ihnen der stellvertretende Bundesvorsitzende Buck und der hessische NPD-Führer Quintus. Zu ihnen sei später das Frankfurter CDU-Mitglied Karl-Friedrich Grau gestoßen. Grau habe den NPD-Leuten eindrucksvoll nahegelegt, ihre politische Eigenständigkeit aufzugeben und in die CDU-CSU überzutreten. Die Lage in Deutschland verlange, daß alle national Bewußten jetzt zusammenstünden.

Grau so erzählte der Informant weiter, habe seinen Gesprächspartner dargelegt, es liege ein Aufstand vor der Tür und da mittlerweile auf Gerüchte und Polizei kein Verlaß mehr

se, sollten die nationalen Kräfte zur Sicherung von Ruhe und Ordnung zusammengegriffen werden. Wenn die Not so dringlich sei, müsse den Rebellen auch mit Waffengewalt Widerstand geleistet werden. Um dem Einwand zu begegnen, es könne möglicherweise auf die Fälschen losgeschlagen werden, soll Grau — nach Darstellung des SPD-Informanten — wörtlich geäußert haben: „Wir haben Listen angelegt von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Damit kein Unbefugter herankommt, haben wir sie in der Schweiz in Panzerschränken deponiert.“

Die Gesprächspartner, so ließ sich die SPD berichten, seien sich schließlich so nahe gekommen, daß der hessische NPD-Vorstand am 4. Januar in Hanau beschlossen habe, die NPD werde bei den Landtagswahlen im November geschlossen für die CDU stimmen. Voraussetzung sei jedoch, daß die CDU-nahe „Studien-Gesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ den Landtagswahlkampf der Nationaldemokraten mitfinanziere.

Jetzt beziehen sich die Sozialdemokraten darauf, daß Grau der Geschäftsführer dieser „Studien-Gesellschaft“ ist, der sie nachsagen, sie habe im letzten Bundestagswahlkampf Millionenbeträge in Wahlanzeigen für die

CDU/CSU investiert und zähle den bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Goppel zu ihren Gründern. Daß die Gesellschaft, die ihren Sitz unweit der hessischen Grenze im bayrischen Amorbach hat, nichts anderes als eine Tarnorganisation der CDU ist, glaubt die SPD bezeugen zu können. Sie weist darauf, daß der hessische Bundestagsabgeordnete Walter Picard aus Nieder-Roden Präsident der Studiengesellschaft ist, daß der CDU-Gesamtsprekator Mitglied im Kuratorium ist und der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Hackenberg als Schriftführer fungiert. Folglich könne das Frankfurter CDU-Mitglied Grau als Geschäftsführer jener Organisation kaum als unmaßgeblicher Beitragszahler der CDU angesehen werden.

Dazu sagte der Bundestagsabgeordnete Picard, Grau habe vor dem Vorstand der „Studiengesellschaft“ beteuert, nur als „Privatmann“ an einem Gespräch mit NPD-Vertretern teilgenommen zu haben. Dabei habe Grau keinerlei finanzielle Angebote unterbreitet. Grau habe gegen den Informationsdienst der SPD Stillsitzen wegen verleumderischer Behauptungen eingestellt und bis zur Klärung der Angelegenheit sein Amt zur Verfügung gestellt.

Es knistert im Knast

Seit hundert Jahren keine gesetzliche Regelung des Strafvollzugs
Häftlinge protestieren mit Hungerstreik gegen reformbedürftige Methoden in bayerischen Anstalten

Der Knast in Karsheim (Bayern) war ange Zeit ruhig und unbesucht, so wie es sich jeder Knastdirektor wünscht. Schweinereien, die sich hinter den ehemaligen Klostermauern abspielen drangen kaum an die Öffentlichkeit.

Daß hier die Verhältnisse besonders schlimm sind, noch nicht einmal den Stand erreicht haben, den man den „modernen Strafvollzug“ nennt, wurde erst jetzt durch den Hungerstreik allgemein bekannt. Die Zahl der Selbstmordversuche ist daher in Karsheim auch noch größer als anderswo im Knast. Hierzu schreibt ein Gefangener: „Am Wochenende hat im Neubau ein weiterer Gefangener einen Selbstmordversuch gemacht, ein gewisser Manfred M. Das ist der dritte Fall, der mir innerhalb weniger Tage bekannt wurde. Vor Monaten hat sich bekanntlich der Gefangene Felbermeier das Leben genommen. Am 2. 7. 1973 erhängte sich ein Gefangener mit seinem Hosengürtel, nach-

Protest gegen die Anstaltsleitung
Gefangene in Karsheim verkünden Hungerstreik

Karsheim/Altschach (AZ). In der Justizvollzugsanstalt Karsheim (Landkreis Donau-Ries) werden die Gefangenen rebellisch. Sechs von ihnen haben am Montag der Anstaltsleitung schriftlich angekündigt, sie ab sofort in einen unbesetzten Hungerstreik treten. Fünf weitere wollen ihnen folgen. Es geht ihnen dabei nicht nur um die untersten Weihnachtspaketverordnungen des „Sozialen Selbsthilfe Komitees“, weshalb in der letzten Woche, wie berichtet, auch ein Inzident der Justizvollzugsanstalt Bernau (Kreis Rosenheim) mit Hungerstreik protestierte. Nach Auskunft der Karsheimer Anstaltsleitung spielen daneben grundsätzliche Probleme des Strafvollzugs (Entlohnungsfragen, Arrest als Hausstrafe) ebenso eine Rolle, wie die in Karsheim praktizierten Zensurmaßnahmen bei „Veröffentlichungen pamphletartigen Charakters“, Kürzungen der Fernsehzeiten auf ein früher übliches Maß und Beibehaltung der als Hausstrafe verhängten Einkaufssperren auch im Dezember.

Nach dem Hungerstreik in den Zellen
Karsheim am Rande der Meuterei

Münchner Anwalt richtet Dienstaufsichtsbeschwerden an Bayerns Justizminister Dr. Philipp Held
Karsheim (Hks). Der nach offiziellen Angaben inzwischen eingetretene Hungerstreik, mit dem Häftlinge in der Justizvollzugsanstalt Karsheim (Landkreis Donau-Ries) auch gegen die „mittelalterlichen Methoden des Strafvollzugs“ protestieren wollten, hat zu heftigsten Sympathiebezeugungen außerhalb der Anstaltsmauern geführt. Wie erst jetzt bekannt wurde, sind in der Silvesternacht etwa 20 Personen mit Fackeln vor die Karsheimer Anstaltsgebäude marschiert, haben Sprechchöre wie „Reißt die Mauern nieder, laßt die Männer frei!“ angestimmt und Feuerwerkskörper in die Hofkomplexe geschossen.

Die Häftlinge selbst reagierten mit einem „Hollenspektakel“, erinnert sich Oberregierungsrat Josef Bauer bis zum Jahreswechsel stellvertretender Leiter der Karsheimer Anstalt. Sie hätten mit ihren Blechgeschirren an die Gitterstäbe geschlagen und teilweise auch brennende Zeitungen aus den Zellen geworfen.

dem er in eine Isolierzelle verlegt worden war.

Die Folter der Isolierhaft wird in Karsheim wie anderswo immer dann eingesetzt, wenn sich individueller oder kollektiver Widerstand in Ansätzen zeigt. So war der Gefangene Werner W. 31 Monate ununterbrochen in Totalisolation. Eine weitere Waffe der Gefangenen kaputtzumachen, ist die Arreststrafe, die völlig willkürlich verhängt wird. Ein Gefangener nach seinem Arrest: „Heute wurde ich aus der Arrestzelle entlassen, einem dunklen, kalten und feuchten Loch. Dieses Loch, in dem man tagsüber ohne Decken und nachts ohne Matratze dahindämmern muß, ohne warmes Essen, ohne Rauchwaren, ohne Zeitungen, ohne Bücher und das ich in fünf Tagen einmal für eine Stunde verassen durfte, um frische Luft zu schöpfen, ist menschenunwürdig und erinnert an die Zeit der KZs.“



KRITIK an SOLSCHENIZYN :

Nicht für einen liberalen Staat...

Alexander Solschenizyn und mit ihm die ganze „Bürgerrechts- oder Dissidentenbewegung“ in der Sowjetunion wird bei uns im Westen immer mehr zum Symbol des Widerstands gegen das kommunistische „Unrechtssystem“, gegen die „rote Tyrannen“. Kaum daß die ersten Zeilen seines jüngsten Buches „Archipel Gulag“, in westlichen Zeitungen erschienen sind, wird es besonders in der Bundesrepublik zum Katechismus des Antikommunismus verklärt. Das Buch kommt dem inhaltlich entgegen, soweit aus den bisherigen Auszügen zu entnehmen ist, handelt es sich um eine literarische Generalabrechnung mit dem bolschewistischen Terror über



haupt, und nicht nur mit dem der Stalins. Gerade bei uns, in Westdeutschland, trifft Solschenizyns Buch über den bolschewistischen Terror, über die unzähligen Toten in den sowjetischen Straflagern einen Wunde, die durch den II. Weltkrieg einer ganzen Generation von deutschen Kleinburgern, Bauern und Arbeitern geschlagen worden ist. Die Erfahrungen der Millionen von Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, die Millionen von Flüchtlingen aus Ostdeutschland und Osteuropa, die nach dem II. Weltkrieg im Zusammenhang mit der „stalinistischen Revolution auf den Bajonetten der Roten Armee“ als wirkliche oder vermeintliche Konterrevolutionäre ausgewiesen wurden oder von selbst das Weite gesucht hatten, all dies hat einen wesentlichen Grundstein für die äußere wohnliche Stärke des Antikommunismus im westlichen Nachkriegsdeutschland gelegt. Kein Wunder also, daß gerade die reaktionären Massenblätter, wie „BILD“, jedes Detail aus Solschenizyns Buch genüßlich auswalzen und damit noch einmal die Erinnerung wachrufen. Getroffen werden soll dabei nicht etwa so sehr die sozialdemokratische Entspannungspolitik (auch die CDU/CSU wurde sie betreiben müssen, wenn sie in der Regierung saß), sondern vielmehr die Gefahr einer inneren revolutionären Entwicklung, eines Erstarkens der revolutionären Linken in Westdeutschland. Daß für das Kapital aller Anlaß dazu besteht, zeigen die Kämpfe der letzten Jahre.

Für Stalins Nachkommen andererseits die in entzweiten kommunistischen Parteien ist die Sache ebenso klar wie einfach. Bei allen Veröffentlichungen der sowjetischen Oppositionellen, allen voran Solschenizyn, handelt es sich schlichtweg um „antisowjetische und antikommunistische Greuelmärchen“ verfaßt von häßlichen und konterrevolutionären Intellektuellen die im Westen künstlich hochgespielt werden und in der Sowjetunion bedeutungslos und isoliert sind.

Und damit werden die MSB-Spartakade „Antikommunistische Kampagne“ gegen den Sozialismus, kein „Basis“ hat und weder in der Arbeiterklasse noch in der weitläufigen „Intelligenz“ „fester kann“. Das Faule an diesen Argumenten ist nicht nur, wie weit zum Himmel, wenn „deutsche Kommunisten“ in der Arbeiterklasse solche „Wahrheiten“ verbreiten, wenn sie mancherorts Arbeitervereine, Plakette und „Antikommunistische“ nicht glauben, daß sie „Antikommunisten“ in der Arbeiterklasse, die „Antikommunisten“ in der Arbeiterklasse, zwar eine hohe Meinung von sich haben, weniger aber von der Arbeiterklasse und am wenigsten von ihren eigenen Fähigkeiten als „Partei der Arbeiterklasse“ Arbeiter und Volksaufstände in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956, der Reformkommunismus in der Tschechoslowakei und die sowjetische Intervention im Zeichen des „proletarischen internationalismus“ 1968, die Arbeiterrevolten in Polen 1970-71 und die Aufstände in den baltischen Minderheiten in der Sowjetunion 1972, an dieser sichtbar gewordene Widerstand der Arbeiterklasse (diese gewalttätige Klassenopposition) gegen die bolschewistische Parteidiktatur existiert als solche für die DKP überhaupt nicht und ist bloßer Ausdruck der sumpfigen Machenschaften des Imperialismus und seiner Agenten. War die Antikommunisten in den kapitalistischen Ländern, früheren Zeiten wirklich auf Lügen und konstruierte Greuelmärchen angewiesen, etwa auch noch die gegenwärtige Konterrevolution in Chile —, so hat ihm die Sowjetunion durch die Politik Stalins und seine Nachkommen gerade in Westdeutschland die druckvollste Tatsachenmache in die Hand gegeben. Die Lüge über die sowjetische Opposition ist der wichtigste Punkt in dieser Kette.

Man sollte von vornherein keinen Zweifel daran lassen: Solschenizyns Buch Sacharow, um nur die im Westen bekannteste Spitze des Eisberges zu nennen, zeigt die rein politischen Ziele von der Arbeiterklasse ihrer Opposition am Sowjetsystem her. Liberale und damit natürlich auf dem Weg zum Kapitalismus. Sacharow scheint sich nicht den amerikanischen Senat, dieses imperialistische Gangstersyndikat, das Millionen von Toten in Vietnam und in der ganzen Welt auf dem Gewissen hat, als „Humanität“ um Hilfe anzurufen, sondern sich nicht in die in Lowenthal's ZDF-Magazin „Antikommunisten“ und in das Horn der kommunistischen, stoßen etc. Und ähnlich Solschenizyn, der es schlichtweg um einen westlichen Kampf der Demokratie gegen die Tyrannei geht, und dem die faschistische Gestalt noch humaner erscheint als die sozialistische Geheimpolizei. Trotzdem werden Sacharow und Solschenizyn zur Kritik an der Sowjetunion nicht mehr sagen als sich an politischen Zielen zum Ausdruck kommt. Sie waren bedeutungslose Spinner, die für niemanden eine Gefahr darstellen wurden, am allerwenigsten für die Sowjetunion. Allerdings in Solschenizyns Buch nimmt etwas zum Ausdruck, das seit der Niederschlagung der Kommune von Kronstadt 1921 nicht mehr



Zwangsarbeitslager bei Moskau

1. Ein Tag in der Arbeit
2. Ein Tag in der Arbeit
3. Ein Tag in der Arbeit
4. Ein Tag in der Arbeit
5. Ein Tag in der Arbeit
6. Ein Tag in der Arbeit
7. Ein Tag in der Arbeit
8. Ein Tag in der Arbeit
9. Ein Tag in der Arbeit
10. Ein Tag in der Arbeit

Lenin ist der erste, der die Arbeiterklasse als die einzige Kraft, die die Revolution in der Sowjetunion durchführen kann, betrachtet. Solschenizyns Buch „Ein Tag in der Arbeit“ ist eine Schilderung der Unterdrückung der Arbeiterklasse in der Sowjetunion. Es zeigt die Lebensbedingungen der Arbeiter in den Fabriken und in den Lagern. Solschenizyn beschreibt die Arbeit der Arbeiter in den Fabriken und in den Lagern. Er zeigt die Unterdrückung der Arbeiterklasse in der Sowjetunion. Solschenizyn beschreibt die Lebensbedingungen der Arbeiter in den Fabriken und in den Lagern. Er zeigt die Unterdrückung der Arbeiterklasse in der Sowjetunion. Solschenizyn beschreibt die Lebensbedingungen der Arbeiter in den Fabriken und in den Lagern. Er zeigt die Unterdrückung der Arbeiterklasse in der Sowjetunion.



sondern revolutionären Massenkampf

Kommunisten als Schatzkammer Sozialisten. Aber die einfachen Arbeiter und Bauern, die während in die Mühlen der Bauern eingeatmet waren, nicht zuletzt, weil sie die barbarische Arbeitsbelastung in den Betrieben als die besten Helfer hatten, die die Arbeiter unterdrückten, von ihnen zu zahlen, um sich die Kasse zu öffnen, um sie sofort nach dem Krieg in die deutschen Lager zu bringen, um sie zu entlassen, wenn von Staatsparteien in die sowjetische Lager geschickt wurden.

An dem Schenke lese K. esgele
ge en zeet sen wärem der S. a. sm. s. d. e.
fassen die Lage schenke oder ga. j. h. v.
s. e. g. e. n. m. a. t. e. D. e. s. s. e. n. e.
K. e. g. e. n. v. o. n. d. e. n. S. i. l. v. e. r. s.
v. e. r. e. n. e. z. e. n. e. l. u. d. a. b. g. e. t. e. r. s.

mängen noch etwas von Chruschtschow, wie die Maoisten meinen, die Staatssozialismus getragen von der Kommunistischen Partei lag von Anfang an der Politische Bolschewismus von Lenin, Trotzki oder Stalinschen Staatlichen Stalin hat nur Gefühlsmacht mit der Fäulnis, den revolutionären Bolschewisten noch zu zeigen war, um so folgten sie einige Jahre später zu Mao, die Tausenden der Ängstlichen und Sozialisten, die auf dem Weg in die stalinischen Stalinschen Stalins

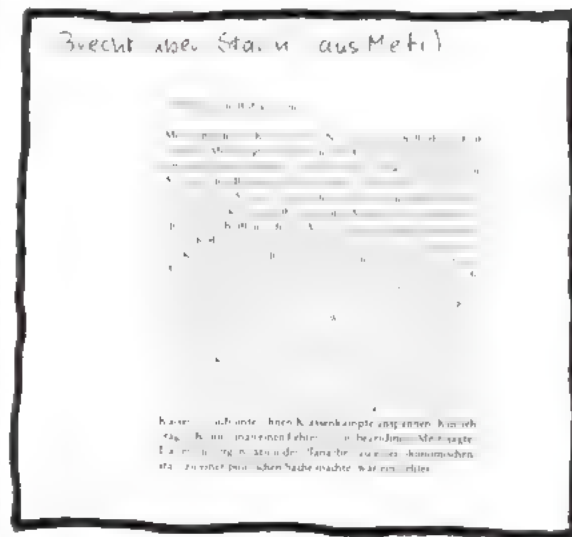
[illegible]

Lenin in Gorki 1922

1. Einmalige Aufzeichnung des
 2. durch die Kasse ausbezahlt
 3. wurde
 4. Kasse
 5. gegen Staatsbank
 6. durch
 7. per Reichsbank
 8. durch
 9. Staatsbank
 10. durch
 11. Staatsbank
 12. durch
 13. Staatsbank
 14. durch
 15. Staatsbank
 16. durch
 17. Staatsbank
 18. durch
 19. Staatsbank
 20. durch
 21. Staatsbank
 22. durch
 23. Staatsbank
 24. durch
 25. Staatsbank
 26. durch
 27. Staatsbank
 28. durch
 29. Staatsbank
 30. durch
 31. Staatsbank
 32. durch
 33. Staatsbank
 34. durch
 35. Staatsbank
 36. durch
 37. Staatsbank
 38. durch
 39. Staatsbank
 40. durch
 41. Staatsbank
 42. durch
 43. Staatsbank
 44. durch
 45. Staatsbank
 46. durch
 47. Staatsbank
 48. durch
 49. Staatsbank
 50. durch
 51. Staatsbank
 52. durch
 53. Staatsbank
 54. durch
 55. Staatsbank
 56. durch
 57. Staatsbank
 58. durch
 59. Staatsbank
 60. durch
 61. Staatsbank
 62. durch
 63. Staatsbank
 64. durch
 65. Staatsbank
 66. durch
 67. Staatsbank
 68. durch
 69. Staatsbank
 70. durch
 71. Staatsbank
 72. durch
 73. Staatsbank
 74. durch
 75. Staatsbank
 76. durch
 77. Staatsbank
 78. durch
 79. Staatsbank
 80. durch
 81. Staatsbank
 82. durch
 83. Staatsbank
 84. durch
 85. Staatsbank
 86. durch
 87. Staatsbank
 88. durch
 89. Staatsbank
 90. durch
 91. Staatsbank
 92. durch
 93. Staatsbank
 94. durch
 95. Staatsbank
 96. durch
 97. Staatsbank
 98. durch
 99. Staatsbank
 100. durch
 101. Staatsbank
 102. durch
 103. Staatsbank
 104. durch
 105. Staatsbank
 106. durch
 107. Staatsbank
 108. durch
 109. Staatsbank
 110. durch
 111. Staatsbank
 112. durch
 113. Staatsbank
 114. durch
 115. Staatsbank
 116. durch
 117. Staatsbank
 118. durch
 119. Staatsbank
 120. durch
 121. Staatsbank
 122. durch
 123. Staatsbank
 124. durch
 125. Staatsbank
 126. durch
 127. Staatsbank
 128. durch
 129. Staatsbank
 130. durch
 131. Staatsbank
 132. durch
 133. Staatsbank
 134. durch
 135. Staatsbank
 136. durch
 137. Staatsbank
 138. durch
 139. Staatsbank
 140. durch
 141. Staatsbank
 142. durch
 143. Staatsbank
 144. durch
 145. Staatsbank
 146. durch
 147. Staatsbank
 148. durch
 149. Staatsbank
 150. durch
 151. Staatsbank
 152. durch
 153. Staatsbank
 154. durch
 155. Staatsbank
 156. durch
 157. Staatsbank
 158. durch
 159. Staatsbank
 160. durch
 161. Staatsbank
 162. durch
 163. Staatsbank
 164. durch
 165. Staatsbank
 166. durch
 167. Staatsbank
 168. durch
 169. Staatsbank
 170. durch
 171. Staatsbank
 172. durch
 173. Staatsbank
 174. durch
 175. Staatsbank
 176. durch
 177. Staatsbank
 178. durch
 179. Staatsbank
 180. durch
 181. Staatsbank
 182. durch
 183. Staatsbank
 184. durch
 185. Staatsbank
 186. durch
 187. Staatsbank
 188. durch
 189. Staatsbank
 190. durch
 191. Staatsbank
 192. durch
 193. Staatsbank
 194. durch
 195. Staatsbank
 196. durch
 197. Staatsbank
 198. durch
 199. Staatsbank
 200. durch
 201. Staatsbank
 202. durch
 203. Staatsbank
 204. durch
 205. Staatsbank
 206. durch
 207. Staatsbank
 208. durch
 209. Staatsbank
 210. durch
 211. Staatsbank
 212. durch
 213. Staatsbank
 214. durch
 215. Staatsbank
 216. durch
 217. Staatsbank
 218. durch
 219. Staatsbank
 220. durch
 221. Staatsbank
 222. durch
 223. Staatsbank
 224. durch
 225. Staatsbank
 226. durch
 227. Staatsbank
 228. durch
 229. Staatsbank
 230. durch
 231. Staatsbank
 232. durch
 233. Staatsbank
 234. durch
 235. Staatsbank
 236. durch
 237. Staatsbank
 238. durch
 239. Staatsbank
 240. durch
 241. Staatsbank
 242. durch
 243. Staatsbank
 244. durch
 245. Staatsbank
 246. durch
 247. Staatsbank
 248. durch
 249. Staatsbank
 250. durch
 251. Staatsbank
 252. durch
 253. Staatsbank
 254. durch
 255. Staatsbank
 256. durch
 257. Staatsbank
 258. durch
 259. Staatsbank
 260. durch
 261. Staatsbank
 262. durch
 263. Staatsbank
 264. durch
 265. Staatsbank
 266. durch
 267. Staatsbank
 268. durch
 269. Staatsbank
 270. durch
 271. Staatsbank
 272. durch
 273. Staatsbank
 274. durch
 275. Staatsbank
 276. durch
 277. Staatsbank
 278. durch
 279. Staatsbank
 280. durch
 281. Staatsbank
 282. durch
 283. Staatsbank
 284. durch
 285. Staatsbank
 286. durch
 287. Staatsbank
 288. durch
 289. Staatsbank
 290. durch
 291. Staatsbank
 292. durch
 293. Staatsbank
 294. durch
 295. Staatsbank
 296. durch
 297. Staatsbank
 298. durch
 299. Staatsbank
 300. durch
 301. Staatsbank
 302. durch
 303. Staatsbank
 304. durch
 305. Staatsbank
 306. durch
 307. Staatsbank
 308. durch
 309. Staatsbank
 310. durch
 311. Staatsbank
 312. durch
 313. Staatsbank
 314. durch
 315. Staatsbank
 316. durch
 317. Staatsbank
 318. durch
 319. Staatsbank
 320. durch
 321. Staatsbank
 322. durch
 323. Staatsbank
 324. durch
 325. Staatsbank
 326. durch
 327. Staatsbank
 328. durch
 329. Staatsbank
 330. durch
 331. Staatsbank
 332. durch
 333. Staatsbank
 334. durch
 335. Staatsbank
 336. durch
 337. Staatsbank
 338. durch
 339. Staatsbank
 340. durch
 341. Staatsbank
 342. durch
 343. Staatsbank
 344. durch
 345. Staatsbank
 346. durch
 347. Staatsbank
 348. durch
 349. Staatsbank
 350. durch
 351. Staatsbank
 352. durch
 353. Staatsbank
 354. durch
 355. Staatsbank
 356. durch
 357. Staatsbank
 358. durch
 359. Staatsbank
 360. durch
 361. Staatsbank
 362. durch
 363. Staatsbank
 364. durch
 365. Staatsbank
 366. durch
 367. Staatsbank
 368. durch
 369. Staatsbank
 370. durch
 371. Staatsbank
 372. durch
 373. Staatsbank
 374. durch
 375. Staatsbank
 376. durch
 377. Staatsbank
 378. durch
 379. Staatsbank
 380. durch
 381. Staatsbank
 382. durch
 383. Staatsbank
 384. durch
 385. Staatsbank
 386. durch
 387. Staatsbank
 388. durch
 389. Staatsbank
 390. durch
 391. Staatsbank
 392. durch
 393. Staatsbank
 394. durch
 395. Staatsbank
 396. durch
 397. Staatsbank
 398. durch
 399. Staatsbank

[illegible]

wurde von großen Männern der Kunst be-
gabt, die die Kunst des Zeichnens, des Malens
und des Bauens für gewöhnlich zu einem
Zweck zu verwenden. Nach dem Schluss an-
dern, dass das Leben verbrachte und ihn
zum ersten Mal (wie er erklärte), blieb das ge-
sellschaftliche System, dessen Ausdruck er



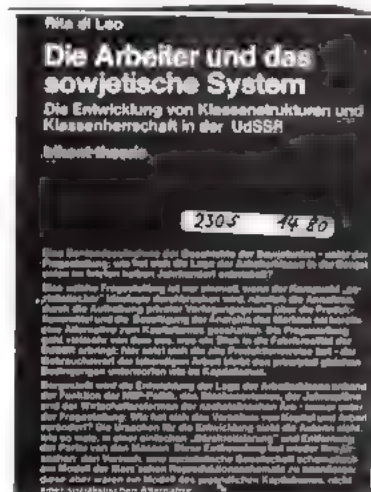
Polnische Panzer, demonstrierende Arbeiter in Stettin: „Die Leute haben das Vertrauen zur Partei verloren“

• Rote Fahnen über Polen

Trikont-
verlag

- Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst?
- Tonbandprotokoll einer Streikversammlung
- Der Kampf der polnischen Arbeiter gegen einen falschen Sozialismus

680



war, unangestastet. Warum also dieser Terror, warum Millionen Tote und Gefangene? Weil unter der Oberfläche das „Aufbaus des Sozialismus“ hinter dem Bild der „siegreichen kommunistischen Revolution“ in Rußland der Klassenkampf tobte und die Revolution noch lange nicht gesiegt hatte. Sie wurde 1917 von den Massen der Bauern und Arbeiter getragen, die in diesem Kampf ihre eigenen revolutionären Selbstverwaltungsorgane geschaffen hatten, die Sowjets. Organisiert aber wurde der weitere Verlauf der Revolution von der bolschewistischen Partei. Diese setzte von Anfang an nicht auf die Selbstverwaltung der revolutionären Massen, auf die Kraft ihrer autonomen Organisationsformen, sondern auf die Kraft eines zentralisierten Staatsapparates, einer „Roten Armee“, die sich in ihrem Aufbau nur wenig von den traditionellen bürgerlichen Armeen unterschied, auf eine Wirtschaftsstruktur und auf Bürokratie in den Plankommissionen und Direktoren das Sagen und die Arbeiter und Bauern das Schufften hatten. Dieser Staatssozialismus, der unter Ausschaltung der Massen nur auf ihrer Ausbeutung sich entwickeln konnte, wurde von den revolutionären Arbeitern und Bauern nicht widerstandlos hingenommen. Millionen in den Betrieben und auf dem Land verweigerten die Normen, zeigten sich „aufbauunwillig“, rebellierten offen in Streiks und Hungeraufständen. Millionen mußten vom bolschewistischen Staat in die Lager geschickt oder erschossen werden. Und da die Kommunistische Partei, nach der einzige Organisationsform war, in der die alten Kader der revolutionären russischen Bewegung überlebt hatten, schlug die der Kampf der Klassen dort in interne Fraktionskämpfe um, Kämpfe, bei denen es schließlich um Sein oder Nichtsinging, Staat oder Antistat, um ungebrochensten das Interesse der „neuen herrschenden Klasse“ der Bürokratie des Staatssozialismus, und sie hat sich schließlich als die Siegerin der russischen Revolution erwiesen. Die anderen Fraktionen wurden erschossen.

Sulzschens Kritik am staatsrechtlichen Sozialismus macht sich vor allem an der Allmacht des Staates, an der uneingeschränkten Macht der Bürokratie an der direkten Beeinflussung der Justiz durch den

Staat, an dem Verlust jeder Form von Rechtsstaatlichkeit" fest. Und seine Alternative wird folglich auf eine Verankerung des „liberalen Rechtsstaates“ in „damit auch seines ökonomischen Unterbaus“ der kapitalistischen „Wirtschaft“ – abgetraumt blickt er auf den „Ihre im Westen“ von Schriftsteller nach Lust und Laune schreiben und veröffentlichen darf – solange er gesellschaftlich bedeutungslos bleibt. Ver sucht er die Gese schaft „dazu zu ver ändern (so schenzt uns Absicht in der Smogge zungen) von Staat von Geld und soziale chem mieren nicht mehr aus Ver eifern. Solschenzyn jammert dem Verlust jeder Form von Rechtsstaatlichkeit“ hinterher – soll er sie doch einmal in einer deutschen Fabrik suchen, die Rechtsstaatlichkeit – denn es um die Bese tigung der Ausbeutung am den Widerstand der Arbeiter geht“ – E rfordert die „unabhängige Justiz“ der Ver macht bei uns die Gesetze – wenn die W aschutz diese Gesetze, die Arbeiter abwies von der Ausbeutung? E rfordert die Religions freiheit gilt dies für die Religion, die die Massen in zwei Weltkriege geteilt hat und ihren Waffen noch den göttlichen Segen verspricht? Kurzum Solschen, in fordert den „guten Staat“, ohne zu sehen – daß dieser auf Ausbeutung, Klassenherrschaft und Unter drückung der Massen beruht und daß dieser Staat nur das Schönwettergesicht des Kapitalismus ist, solange die Arbeiterklasse stillhält. Ruht sie sich, versucht sie ihre Fesseln zu sprengen, so verwandelt sich der gute, liberale Staat in den Faschismus, wie in Deutschland, Spanien oder Argentinien. Solschenzyns Alternative zum Sozialismus ist falsch – wurde sie Wirklichkeit so begänne für die Arbeiterklasse die ganze Schere Re wieder von vorn

Noch schweigt die von der Bürokratie geknebelte russische Arbeiterklasse, wenn sie erst einmal sprechen wird, so wird dies nicht rechtsstaatlich und liberal sein wie Soltschenizyn meint, sondern gewalttätig und revolutionär: gewalttätig gegen den bürokratischen Staatssozialismus und revolutionär gegen den weltweiten Kapitalismus.

Genossen vom RK

Portrait eines Monopolburekraten

In dem ist Lamm ist die K...e
 Lebnung
 Begraben vermehrt, da leinst zu fruh, z
 Lamm seim dand der Lebnung aus
 Die k...ern und hoch
 Von dem Lippen seht aus die Lamm
 Aus Rottene se schon ist
 Das Wort zu ergahen in Wasser kampt
 Der Trinksprache Die Macht
 In der Fache vor Augen den Herzstark
 Se sehr vor dich die unkampte Stung walt
 Hater weh Banket-Barrakun

Warum sagst du dich für mir?

Warum triffst du dich mit mir?

Warum redst du dich mit mir an?

A malen dem Spitzel oft mehr
 Was die Männer von der Mella stult sag'n,
 Was sie sich doch wohl dünkeln sehn
 In einer Kanne aus Kupferbecken
 Staat monum. versteckt hinter Gardinen
 In den nas. sich Bürobunker's Abtönung
 Was die Männer von der Mella stult sag'n
 Was sie sich doch wohl dünkeln sehn

$\begin{array}{l} \text{I} \\ \text{II} \\ \text{III} \\ \text{IV} \end{array}$

Die Zeit vergeht so schnell
 Denn so übertrieben sind
 Das jeder Plättkopf ab
 Die Kinder stürzen
 Gibt es Angst
 Was ist das

Warum ist das so?
Warum ist das so?
Warum ist das so?
Daher heißt das, warum
Warum ist das so?
Warum ist das so?
Das Problem ist

11. *Journal of Health Politics, Policy and Law*

KNAST
Fortsetzung von S. 11

Schon lange versuchten Gefangene .. derstandakt onen zu organ sieren, um der Knastleistung zu zeigen, daß man Menschen die zusammenhalten, nicht so einfach kaputt machen könne. Als Weihnachtsgeschenk dann noch alle Weihnachtspakete des SSKK (So ziales Selbsthilfe Komitee) beschlagnahmt wurden, mit der Begründung, daß SSKK stunde im Verdacht eine kriminelle Ver nigung zu sein, war es dann genug. 11 Gefangene traten in den Hungerstreik und stellten ihre Forderungen an die Knastleitung. Abbe rufung von Doscher (Vertreter der Knastleitung) Zulassung der Weihnachtspakete des

Schulter und mächtige rechte Falsch An
 leitung erhielten wir nur von der versta
 enstärkten f. Kammern Ober
 hausen und 2 T vom Gefängnis der
 von der Anstalt an der

Da ich die besten von mir Mangel
stark bereite, so bin ich sehr
zu den nicht mehr zum Hofgang
verlassen. Die stehende Kontrolle
zu können, so ist die Kontrolle
großen Stils, die besten in der
Königlichen Versteigerung, die
mit Mithras, jeder, die die
habe, die Christen, die die
erstmalig, die Christen, die die
an den Versteigerung, die die
gemacht, die die die die die
Zeit gekommen ist, um die die die
schlagen, die die die die die

Um zu verhindern, dass die Sowjetunion
abbröckelt, die Geschlossenheit der Sowjetunion
zu Ende am 24.12.1973 in Hänge
streik abgebrochen

Am 31. 12. 1973 zog dann eine Gruppe von Genossen nach Kassel um, um die Familien und Freunde der Opfer zu besuchen. Sie wurden von der Polizei aufgehalten und in die Gegend von Kassel gebracht. Die Polizei hat die Genossen in der Gegend von Kassel aufgehalten und in die Gegend von Kassel gebracht.

SSHK gerechte Arbeitsentlohnung, Reg
tall der Leistungsprämien dienen end und
mittel für Wohlfahrten sind. Aufhebung
der Beschiagnahme polische Schen
Aufhebung der Einkommenssteuer zu den
nachsten Abschaffung der Altersrente
Entfernung der Vaz teatur aus der Buche
te

Die Knastierung versuchte, den Streik vorzeitig zu beenden, es gab zunächst keine Lösung, keiner assenitzte keine Absperrungen. Falls man Gefangene der Aktion zurücklassen möchte, so sollte sie stellen, wurde die Taktik geändert. Zur Reaktion der Gefangenen schreibt zinner der Streikenden: „Die Aktion findet ohne Übertreibung - hier mindestens bei 90 % der Gefangenen beste Unterstützung. Man bot uns Unterstützung an, kopfte uns auf bei

Maßnahmen und die Maßnahmen der Sozialversicherung für die ganze Wirtschaft. Bei der Schaffung aus der Zeit bis zu einem anderen Kunden Gefährdung für die Arbeit der Arbeiter, so auch die in der Sozialversicherung.

20.11.1931
 21.11.1931
 22.11.1931
 23.11.1931
 24.11.1931
 25.11.1931
 26.11.1931
 27.11.1931
 28.11.1931
 29.11.1931
 30.11.1931
 1.12.1931
 2.12.1931
 3.12.1931
 4.12.1931
 5.12.1931
 6.12.1931
 7.12.1931
 8.12.1931
 9.12.1931
 10.12.1931
 11.12.1931
 12.12.1931
 13.12.1931
 14.12.1931
 15.12.1931
 16.12.1931
 17.12.1931
 18.12.1931
 19.12.1931
 20.12.1931
 21.12.1931
 22.12.1931
 23.12.1931
 24.12.1931
 25.12.1931
 26.12.1931
 27.12.1931
 28.12.1931
 29.12.1931
 30.12.1931
 31.12.1931
 1.1.1932
 2.1.1932
 3.1.1932
 4.1.1932
 5.1.1932
 6.1.1932
 7.1.1932
 8.1.1932
 9.1.1932
 10.1.1932
 11.1.1932
 12.1.1932
 13.1.1932
 14.1.1932
 15.1.1932
 16.1.1932
 17.1.1932
 18.1.1932
 19.1.1932
 20.1.1932
 21.1.1932
 22.1.1932
 23.1.1932
 24.1.1932
 25.1.1932
 26.1.1932
 27.1.1932
 28.1.1932
 29.1.1932
 30.1.1932
 31.1.1932
 1.2.1932
 2.2.1932
 3.2.1932
 4.2.1932
 5.2.1932
 6.2.1932
 7.2.1932
 8.2.1932
 9.2.1932
 10.2.1932
 11.2.1932
 12.2.1932
 13.2.1932
 14.2.1932
 15.2.1932
 16.2.1932
 17.2.1932
 18.2.1932
 19.2.1932
 20.2.1932
 21.2.1932
 22.2.1932
 23.2.1932
 24.2.1932
 25.2.1932
 26.2.1932
 27.2.1932
 28.2.1932
 29.2.1932
 30.2.1932
 31.2.1932
 1.3.1932
 2.3.1932
 3.3.1932
 4.3.1932
 5.3.1932
 6.3.1932
 7.3.1932
 8.3.1932
 9.3.1932
 10.3.1932
 11.3.1932
 12.3.1932
 13.3.1932
 14.3.1932
 15.3.1932
 16.3.1932
 17.3.1932
 18.3.1932
 19.3.1932
 20.3.1932
 21.3.1932
 22.3.1932
 23.3.1932
 24.3.1932
 25.3.1932
 26.3.1932
 27.3.1932
 28.3.1932
 29.3.1932
 30.3.1932
 31.3.1932
 1.4.1932
 2.4.1932
 3.4.1932
 4.4.1932
 5.4.1932
 6.4.1932
 7.4.1932
 8.4.1932
 9.4.1932
 10.4.1932
 11.4.1932
 12.4.1932
 13.4.1932
 14.4.1932
 15.4.1932
 16.4.1932
 17.4.1932
 18.4.1932
 19.4.1932
 20.4.1932
 21.4.1932
 22.4.1932
 23.4.1932
 24.4.1932
 25.4.1932
 26.4.1932
 27.4.1932
 28.4.1932
 29.4.1932
 30.4.1932
 31.4.1932
 1.5.1932
 2.5.1932
 3.5.1932
 4.5.1932
 5.5.1932
 6.5.1932
 7.5.1932
 8.5.1932
 9.5.1932
 10.5.1932
 11.5.1932
 12.5.1932
 13.5.1932
 14.5.1932
 15.5.1932
 16.5.1932
 17.5.1932
 18.5.1932
 19.5.1932
 20.5.1932
 21.5.1932
 22.5.1932
 23.5.1932
 24.5.1932
 25.5.1932
 26.5.1932
 27.5.1932
 28.5.1932
 29.5.1932
 30.5.1932
 31.5.1932
 1.6.1932
 2.6.1932
 3.6.1932
 4.6.1932
 5.6.1932
 6.6.1932
 7.6.1932
 8.6.1932
 9.6.1932
 10.6.1932
 11.6.1932
 12.6.1932
 13.6.1932
 14.6.1932
 15.6.1932
 16.6.1932
 17.6.1932
 18.6.1932
 19.6.1932
 20.6.1932
 21.6.1932
 22.6.1932
 23.6.1932
 24.6.1932
 25.6.1932
 26.6.1932
 27.6.1932
 28.6.1932
 29.6.1932
 30.6.1932
 31.6.1932
 1.7.1932
 2.7.1932
 3.7.1932
 4.7.1932
 5.7.1932
 6.7.1932
 7.7.1932
 8.7.1932
 9.7.1932
 10.7.1932
 11.7.1932
 12.7.1932
 13.7.1932
 14.7.1932
 15.7.1932
 16.7.1932
 17.7.1932
 18.7.1932
 19.7.1932
 20.7.1932
 21.7.1932
 22.7.1932
 23.7.1932
 24.7.1932
 25.7.1932
 26.7.1932
 27.7.1932
 28.7.1932
 29.7.1932
 30.7.1932
 31.7.1932
 1.8.1932
 2.8.1932
 3.8.1932
 4.8.1932
 5.8.1932
 6.8.1932
 7.8.1932
 8.8.1932
 9.8.1932
 10.8.1932
 11.8.1932
 12.8.1932
 13.8.1932
 14.8.1932
 15.8.1932
 16.8.1932
 17.8.1932
 18.8.1932
 19.8.1932
 20.8.1932
 21.8.1932
 22.8.1932
 23.8.1932
 24.8.1932
 25.8.1932
 26.8.1932
 27.8.1932
 28.8.1932
 29.8.1932
 30.8.1932
 31.8.1932
 1.9.1932
 2.9.1932
 3.9.1932
 4.9.1932
 5.9.1932
 6.9.1932

DA HAT EINER GESCHRIEBEN:

REDAON

PERSISCHES

Im März dieses Jahres reiste Willy Brandt (Friedenskanzler) zu den persischen Faschisten. Diese Reise, eingeleitet von politischen Morden an Gegnern der Schahdiktatur, Antimperialisten und Demokraten, leitete umfangreiche deutschpersische Überhandlungen und eine rapide Steigerung der westdeutschen Investitionstätigkeit im Iran ein. Kurz nach dem Besuch des Bonner Bundeskanzlers wurde eine Visite des damaligen Wirtschaftsministers Schiller angekündigt. „Tanken beim Schah“, das war, angesichts der sich abzeichnenden Ölknappheit auf dem Weltmarkt, der große Schlager. Bald verhandelte der persische Wirtschaftsminister Ansary in Bonn. Und mehrfach bereits begab sich Bundeswirtschaftsminister Friedrichs vor den Pfauenthron, um die Überhandlungen weiterzutreiben. Die Beziehungen zwischen der BRD und dem Iran freilich waren nicht immer so rosig.

Der Schahbesuch in der BRD im Sommer 1967 hatte hier zahlreiche Demonstrationen gegen die politischen Verfolgungen im Iran ausgelöst. Bei einer dieser Demonstrationen kam es zu Massenschlägereien zwischen Demonstranten einerseits, der Westberliner Polizei und Geheimagenten des SAVAK andererseits, die im Gefolge des Schahs bundesrepublikanisches Territorium betreten hatten. Der Westberliner Polizist Kurras erschoss dabei den Studenten Benno Ohnesorg.

Durch diesen „unfreundlichen“ Empfang verschlechterten sich die deutsch-persischen Beziehungen rapide. Die Auseinandersetzungen um den Schahbesuch wurden zum Anlaß einer relativ guten Unterrichtung der Öffentlichkeit über die politischen Verfolgungen im Iran, über die Situation der Bevölkerung dort, aber auch heftiger Kritik an dem unbelligsten Treiben ausländischer Geheimdienste auf deutschem Boden. Die Fälle, in denen der SAVAK persische Oppositionelle unter Druck setzte, haften sich bedrohlich.

Obwohl die Hoffnungen der BRD auf regierungsoffizielle Wirtschaftsabkommen wegen der Verzögerung des Schahs vorerst als gescheitert betrachtet wurden, entwickelten sich die privatwirtschaftlichen Aktivitäten bundesrepublikanischer Konzerne in Persien ganz beachtlich. Auch wurde mit Entwicklungshilfekrediten nicht gespart. Es wurde gar ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen.

Zu erneuten Spannungen kam es anlaßlich der Jubelfeiern zum 2500jährigen Bestehen der Monarchie. Wieder waren Hunger, Repression und Folter in Persien Gegenstand verschiedener Presseberichte. Bundespräsident Heinemann, der die BRD bei diesem Fest vertreten sollte und der Kritik an dieser

Reise mit der durchsichtigen Rechtfertigung begegnete, der Iran sei „eines der politisch wichtigsten Länder des Vorderen Orients und gleichzeitig die größte Wirtschaftsmacht dieser Region“ (FAZ, 18. 8. 1971), kniff im letzten Augenblick und schickte Bundestagspräsidenten von Hassel als Vertretung. Obwohl die BRD damals schon mehr als eine Milliarde DM privat im Iran investiert hatte, wurde der bundesrepublikanische Delegierte von den Hoheiten bewußt geschnitten: aus dem Aristokraten wurde ein schlichter Herr Feuhauseil, eingestuft „unter fernem Liefen“ mußte er seinen Schlafplatz mit einem Ölschleier teilen. Der so Genastegelte erwies sich als gelehriger Schüler. Zurück in der Bundesrepublik machte er die Berichterstattung und die „Stimmungsmache“ gegen den Schah durch einige persische Studenten für die Entfremdung zwischen beiden Ländern verantwortlich (vgl. FR, 8. 11. 1971).

Seit dem Besuch Willy Brandts in Persien freilich hat sich einiges geändert. Berichte über Folter, Repression und Ausbeutung in Persien sind aus bundesrepublikanischen Publikationen verschwunden. Stattdessen geht es um Öl und immer wieder um Öl und die märchenhaften Aussichten auf Riesengewinne für die großen Konzerne. Der Übertrag zwischen der sozialliberalen Koalition und dem Pfauenthron, über den seit der Persienreise Brandts verhandelt wurde, ist eine Art Garantieschein für die ungestörte Abwicklung bundesrepublikanischer Ölversorgung. Nicht nur wird sich das investierte Anfangskapital innerhalb kürzester Zeit amortisieren, denn billige Arbeitskräfte stehen in Hülle und Fülle zur Verfügung. Auch die Absatzmärkte sind ausbaufähig und – was wichtiger ist – die politische Situation ist „stabil“.

Die persische Hilfe für die bundesrepublikanische Ölversorgung ist natürlich nicht gratis. Anders als 1967, als die BRD nach dem Verlust der kaiserlichen Gunst zusehen mußte, wie verschiedene für deutsche Firmen vorgesehene Lizenzen an englische, französische und italienische Unternehmen vergeben wurden, hat es der Friedensnobelpreisträger verstanden, seine Majestät bei der Stange zu halten. Denn Bonns Gegenleistungen sind nicht nur Lieferungen und Installation von Industrieanlagen am Persischen Golf. Während Brandt in Teheran weilte, meldete die FAZ (4. 3. 1972): „Iran wünscht schärfere Überwachung persischer Schahgegner in Deutschland“. War für die BRD der vom Iran angebotene Erdölakt von höchster ökonomischer und politischer Bedeutung, so befürchtete sich der Schah vor der Presse nur am Rande mit praktischen Problemen der Zusammen-

beit und kam immer wieder auf die Gefahr der internationalen Subversion gegen den Iran zurück. In bestimmten Kreisen seien in der letzten Zeit Kritik und Beleidigungen gegen den Iran vorgebracht worden, doch hätten diese Leute einen „dekadenten, negativen, ja nihilistischen Standpunkt“ (FR, 8. 3. 1972). Aber die „Verstimmung Teherans über die Tätigkeit iranischer Studenten in der Bundesrepublik“, so wurde weiter berichtet, „sei dadurch ausgeräumt worden, daß die deutsche Delegation Schritte zur Verschärfung des Ausländerrechts in Aussicht gestellt habe“. Diese Attacke seitens der persischen Faschisten gegen die Rechte



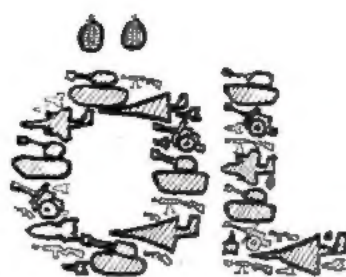
von Ausländern in der BRD freilich kanten für Willy Brandt nicht unerwartet. Denn schon bevor er die Reise machte, hatte

Howeida via „Stern“ und „Welt am Sonntag“ der Bundesregierung vorgeworfen, „sie lasse sich von linksgerichteten iranischen Studenten zu einem Hort antiranischer Aktivitäten machen“ (FR, 7. 3. 1972) und erklärte nicht etwa das Ölgeschäft, sondern die Ausschaltung der iranischen Opposition zur Hauptfrage der Gespräche in Teheran.

Auf solche massiven Einmischungen in die inneren Angelegenheiten reagierte die BRD-Delegation angeblich mit „Gleichmut und Selbstbewußtsein“ (ebd.), doch das erwünschte Wohlverhalten ließ nicht lange auf sich warten. Zu viel des schwarzen Goldes stand auf dem Spiel.

Daß unmittelbar vor und während der Ölgespräche 19 persische Oppositionelle offiziell hingerichtet wurden, daß gleichzeitig mehr als 90 Perser vor einem Teheraner Militärgericht als angebliche Mitglieder subversiver Organisationen auf hohe Strafen warteten, das alles konnte den Friedensnobelpreisträger nicht aus der Ruhe bringen, obwohl er wußte, was nach persischer Auffassung Subversion ist. Denn es stand in der FAZ:

Der SAVAK hatte Ende 1970 auf offener Straße den Dolmetscher eines Amnesty International Anwalts und ehemaligen Studenten in der BRD gekidnappt. Nachdem bekannt geworden war, daß damals über 20 000 politische Gefangene im Iran unter den Foltern des SAVAK zu Geständnissen gezwungen oder getötet wurden, und daß in geheimen Militärtribunalen langjährige Freiheits- und Todesstrafen verhängt wurden, hatte selbst die liberale Öffentlichkeit die Entsendung von Beobachtern nach Persien verlangt. Um dieser Forderungen Nachdruck zu verleihen, hatten persische Studenten für einige Stunden das Generalkonsulat in München besetzt. Schon vor den Gesprächen in Teheran berichtete die FAZ von der Verurteilung Rezais zu zehn Jahren Kerker wegen „Spionage, Subversion und Sabotage“. Aber mehr noch, neben der Rechtfertigung und Vermeidung des regierungsoffiziellen Terrors versuchte sie die Regimegegner unglaubwürdig zu machen. Damals berichtete



dieses Weltblatt über die Massenprozesse in Teheran, die bekanntlich ohne jegliche Öffentlichkeit stattfanden: „Persischen Journalisten sind die Türen der Militärgerichte nicht verschlossen“ natürlich nicht, denn welcher persische Journalist konnte dort schon die Wahrheit schreiben oder Kritik üben. Und: „Es finden auch keine Massenprozesse statt“, denn, so die FAZ (25. 3. 1972) „die verhafteten Terroristen sind in kleine Gruppen aufgeteilt worden“. Die Gewohnheit, bei „Vergehen gegen die Staatssicherheit“ keine Zeugen zu vernehmen, wertete die FAZ als Beispiel vorbildhafter Unbestechlichkeit, denn „in mittelöstlichen Diktaturen hat es der Justiz niemals Mühe bereitet, bei politischen Schauprozessen mit Hilfe von Handgeldern, Drohungen und moralischem Druck ganze Heerscharen von Belastungszeugen aufmarschieren zu lassen“. Und über die Entlastungszeugen schreibt das Weltblatt weiter: „Würde es der Gerechtigkeit dienen, wenn der Staatsanwalt und die Verteidiger an den persischen Militärgerichtshöfen bei jedem Prozeß Analphabeten als Zeugen vorführen?“

Das Wohlverhalten hat sich gelohnt, das bestätigte Seine Kaiserliche Hoheit höchstpersönlich anlaßlich eines Gesprächs mit westdeutschen Journalisten während des letzten Besuchs von Bundeswirtschaftsminister Friedrichs: „Dank der Massenmedien waren unsere Beziehungen sehr schlecht. Ich meine damit nicht nur die verantwortliche schreibende Presse, und ich weiß auch gar nicht, wie das alle passieren konnte in einem Land, das ganz natürlich und immer noch diszipliniert ist. Auch bei ihnen gibt es diese verrückten Kerle, ihre landeseigene Sorte Hippies, europäische Hippies sozusagen, denn überall sind sie ein bißchen anders.“

Aber das ist ja inzwischen alles vorbei. Hoffe ich jedenfalls, für mich und für Sie. Seit dem Besuch von Bundeskanzler Brandt haben die Dinge begonnen, sich zu ändern. Und jetzt bei dem Besuch von Minister Friedrichs denke ich, haben wir uns verstanden und auch begriffen, wie gut wir zusammenarbeiten können.“ (Hessischer Rundfunk, 23. 10. 1973)

Der Friedenskanzler hat Wort gehalten. Inzwischen wurde das Ausländergesetz verschärft, die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz erleichtert. Immer wieder sind persische Studenten von der Ausweisung



bedroht. Und eine Autarkieaufbaukosten inzwischen 1.200 DM Abschiebegebühr - es könnte den BRD-Behörden passendes Tages zu teuer werden. Nachdem Reza Pahlavi so zufriedengestellt wurde, lautet die offizielle Tauschformel des deutsch-persischen Milliardenprojekts nur noch „Gegen Investitionen“. Danach werden deutsche Konzerne zwei Ölraffinerien errichten, eine in der BRD und eine im Iran, die Thyssen nach Plänen der amerikanischen Engineering-Firma Fluor für ca. 800 Mill. Dollar im Persischen Golf baut. Die vorgeschrittenen Kredite zahlt der Iran innerhalb von 15 bis 20 Jahren mit dort verarbeiteten Öl zu Weltmarktpreisen zurück. Entsprechende Pipelines müssen nicht gebaut werden. Abnehmer dieses Öl werden vornehmlich der zu 40% dem Bund gefördernde VEB-Konzern, die Gebrüder AG oder U.K. Wessling sein. Die Essener Ruhrgas AG verhandelt zur Zeit über den Kauf von Erdgas aus Südpersien, das entweder über Pipelines durch die Türkei oder durch die Sowjetunion in die BRD gelangen soll. Dazu kommt die Beteiligung persischen Kapitals in der BRD, der NOK an der VEB-Raffinerie in Lützen und der geplanten Großraffinerie in Braunschweig, sowie an dem 1.300 Stationen

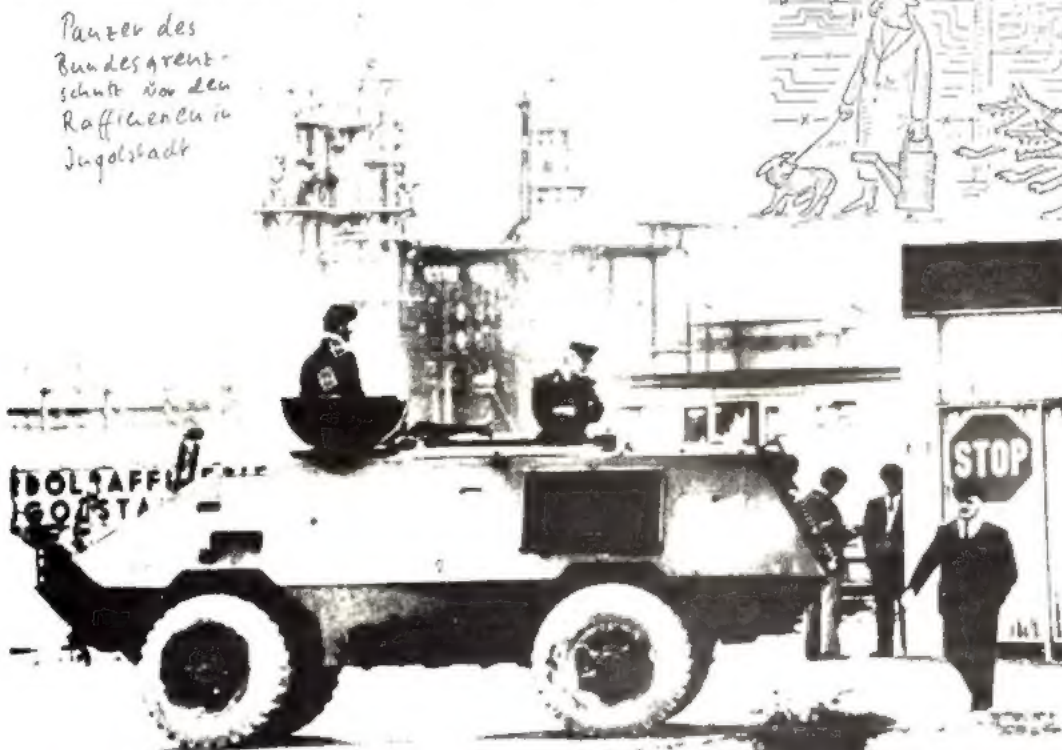
umfassenden Tankstellennetz und der Tankerflotte. Obwohl das Engagement westdeutscher Konzerne im Iran von langem ganz unbefriedigend ist, stellt man jetzt fest: „Nicht nur war das Interesse der deutschen Industrie in naheliegender Weise grob als zur Zeit.“ (Zeit, 19. 10. 1973) Zahlreiche Großprojekte im Bereich der Stahl- und chemischen Industrie (DEMAG, Thyssen, Flick, Krupp) sind derzeit in Arbeit. In keinem Nicht-WG-Land haben sich deutsche Banken so zahlreich niedergelassen wie im Iran. ... Kann ein Land außerhalb Europas erheben so mächtige Stimmen handelsdeutscher Entwicklungshilfe. Besonders deutlich ist in diesem Zusammenhang der Umstand, daß die Milliardenbeträge in die Kassen der Kompradoren und Großkonzerne fließen, während für die Rückzahlung das ganze persische Volk zur Kasse gebeten wird. „Das persische Wunder“ (Anbaugebiet/Südpersien) ist aber nicht nur ökonomisch. Sowas machen Waffenkauf, Schlagermusik. Dafür zahlte der Schah schon in diesem Jahr fast 6 Mill. Dollar. Er kaufte selbst Laserbombern (LR-4, 4. 1973), schloß mit dem Pentagon die bisher größten Waffenlieferungsverträge und importierte Kampfabwehrschiffe. Auch die BRD liefert Waffen, Überschalljäger, Mi-

litarfahrzeuge, Helikopter, etc. Sie hat nach der UNO, den USA und Frankreich die meisten Experten im Iran stationiert. Sie weicht vom Grundsatz, Kriegswaffen nur in NATO-Länder zu liefern, nur in zwei Fällen ab: die Ausnahme sind Brasilien und Iran, so jedenfalls die offizielle Version. Künftig erhält der Schah sogar eine Munitionsfabrik und Maschinen zur Herstellung von Panzerabwehrraketen, daneben Maschinengewehre usw. Die massive Aufrüstung soll dem Westen auch noch die Ölquellen sichern, auch in den Schieflagen: am Golf und dort ein militärisches Kontrollzentrum entstehen lassen. Wer den Schah zum Freund hat, der hat im Nahen Osten einen festen Stützpunkt, eine sichere Ausgangsbasis für die Kontrolle der Ölquellen der umliegenden Länder. Während nach 1948 vor allem Israel die Hauptbasis des Imperialismus im Nahen Osten war, wurden nach und nach die Türkei

und der Iran zu lebenswichtigen Stützpunkten. Der Iran leistet für den Imperialismus zweierlei: er ist militärische und ökonomische Expansionsbasis seiner Interessen zugleich. Die wichtigste Bedingung dafür ist die politische Stabilität, die Niederschlagung der Opposition. Im Iran besorgt das der Schah nach seiner Methode. Die offiziell bekannten Hinrichtungen wurden in jüngster Zeit nur durch den faschistischen Terror in Chile übertroffen. In der BRD ist die Verfolgung verfassungsmäßig abgesichert. Ein revolutionäres Persien ist nicht im Interesse der internationalen Ausbeuter, der Imperialisten, nicht im Interesse der Konzerne und auch nicht in dem der Regierungen. Aber in unserem!

(aus IRAN-Report Dez. 1973)

Panzer des Bundesgrenzschutts vor den Raffinerien in Jugoslawien



... die waren alle mal in der westdeutschen Autobranche tätig, bevor sie als Gastarbeiter zu uns kamen



Schalplatte
Solidarität mit Chile
Aus dem Inhalt der Platte:
* Lieder revolutionärer chilenischer Gruppen und Sänger (z.B. Grupo Lonqui, Angel Parra)
* Salvador Allende: Rede vor den Vereinten Nationen (Dez. 1972), darin den verhängnisvollen Satz: „Unsere Streitkräfte haben ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt, ihr tiefes Demokratieverständnis ist eine Tatsache.“
* Wolf Biermann: Ballade vom Kameramann
* Sender der Volksfront Santiago: Aufruf zum Widerstand (am 11. 9. 1973, dem Tag des Putsches)
* Reportage: Aus dem Leichenschauhaus von Santiago (Oktober 1973)
* Satrapas von Pablo Neruda

Zu beziehen über:

TriKont-Verlag
8 München 80
Josephsbergstr. 16

CHILE-NACHRICHTEN

CHILE-NACHRICHTEN

Internationales Chile-Treffen

Die westeuropäischen Chile-Komitees veranstalten vom 24.-26. 4. 1974 in Frankfurt eine internationale Konferenz, gefolgt von einem Meeting am 27. 4. 1974. Ein Vorbereitungstreffen findet am 16. 17. 3. 1974 statt.

Kontaktadresse: Koordination der westeuropäischen Chile-Komitees, c/o Sozialistisches Büro, D-6050 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon 0611/832593

Die „Chile-Nachrichten“ werden gemeinsam von verschiedenen Chile-Komitees herausgegeben. Sie erscheinen in Westberlin. Bisher gibt es 52 Nummern.

Die „Chile-Nachrichten“ sind das einzige Organ in der Bundesrepublik, das regelmäßig informiert über: den Putsch, seine Hintergründe, Situation und Rolle der verschiedenen revolutionären Organisationen Chiles, den Widerstand in Chile, die Arbeit der Chile-Komitees hier, die Position und das praktische Verhalten der bundesrepublikanischen Parteien zur Junta und über Chile-Veranstaltungen bei uns.

Die „Chile-Nachrichten“ kosten jeweils DM 1,-. Alle Nachrichten, Beiträge und Bestellungen an: Redaktion der Chile-Nachrichten c/o ESG 1 Berlin 31 Koblenzer Str. 8 Tel. 030/8538000

Straßenlieder

Um linke Lieder und linke „Kunst“ steht es schlecht bei uns. Da gibt es die linken Platin- und Reflexionswiedergabe für die Stereoanlage daheim – Lieder nicht für den Kampf, sondern fürs Jammern und den Rückzug. Da gibt's die traditionsbeladenen Arbeiterlieder, die die verschiedenen Parteien für ihre geschlossenen Veranstaltungen gepachtet haben – Lieder für's Politwischen, toter Kulissenzauber der 20er Jahre. Und da gibt es dann noch den einen

Biermann, der uns aus seiner Isolation in Ostberlin die Wahrheit und seine Hoffnung berichtet.

Einen haben wir, der ein bißchen zeigen könnte, wie es mit der Kulturrevolution lang gehen konnte: Klaus, den Fiedler, aus Köln. Musik hat er jahrelang studiert, jetzt steht er tagsüber oft auf Kölner und anderen Straßen, spielt seine Lieder, redet mit den Leuten, die immer gleich stehen bleiben, über die Lieder und darüber,

daß Widerstand nötig ist. Bei Veranstaltungen und Aktionen spielt er, beim Ford-Streik im letzten August stand er mit seiner Geige vorm Tor.

Die Lieder von Klaus, dem Fiedler, sind keine „revolutionären“ Lieder! Sie sind nicht in erster Linie für den Gebrauch linker Organisationen bestimmt, sondern für die Massen. Die Lieder sind jetzt in einer Broschüre erschienen:

„Bolles. Straßenlieder von Klaus, dem Fiedler“.

zu beziehen über:

Sozialistische Verlagsauslieferung GmbH, 6 Frankfurt 90, Kurfürstenstr. 8 a oder über linke Buchläden zum Preis von DM 2,-.

Man kann dem Klaus auch schreiben (an Produktion Ruhrkampf, Verlag Gahme Henke, 5 Köln 1, Trajanstr. 10-12) wenn ein Haus oder ein Jugendzentrum besetzt wird, wenn es wo eine Politfeie gibt ect. – Klaus ist wahrscheinlich bereit, zu kommen und zu spielen.

Bolles Traum



Am Sonntag hatte Bolle ein' wundersamen Traum. Da haben alle Leute ihren Bonz' verhaun. Die Erde hat gezittert, der Himmel hat vibriert, aber dennoch hat sich Bolle ganz köstlich amüsiert.

Am Montag ist kein Sprit da, im Radio dröhnt es schri II: Ihr müßt mit KVB fahren zu eurer Arbeitsstell'. Doch an der Haltestelle, da stehn 500 Mann, die sagen: Wir gehn nach Hause, wir sind doch nicht plem plem.

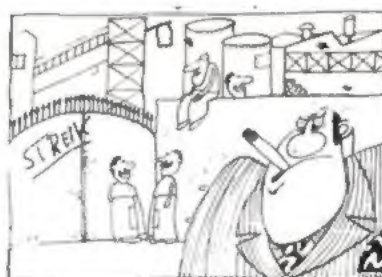


Am Dienstag ist kein Brot da, die Bäcker haben zu. Da treffen sich die Bolles vor Brotfabrik im Nu. Und holen sich die Brote da eigenhändig raus, und tragen sie nach Hause, das gibt ein' Frühstücksschmaus.

Am Mittwoch ist ein Festtag: die ganze Stadt ist grün. Man sieht nix als die Bullen und Bundesgrenzschutz stehn. Es treffen sich die Leute, man schimpft und lacht und spricht; aber nur die feisten Bonzen, die sieht man nirgends nicht.

Am Donnerstag, da tönt es aus Radios plötzlich schrill: Die Bolles sind nicht mündig, nein, sie sind kriminell. Einen nationalen Notstand ruft der Minister aus: Wir ham jetzt Krieg! Heil Sieg heil Sieg, drum: Bolle bleib zu Haus.

Nanu, denkt sich der Bolle, was ist das für ein Krieg? Da sitz ich nun zu Hause, und hör: ich bin besiegt! Das könnte euch so passen, ihr feiges Bonzenpack! Wir gehn jetzt auf die Straße und haun euch auf den Sack.



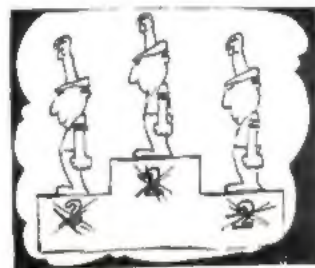
Aha, jetzt tritt der Bolle gar mutig aus dem Haus. Da stürzen 1 000 Bolles aus ihren Häusern raus. Doch was das Bullenpack ist, das kämpft organisiert, aber dennoch hat sich Bolle ganz köstlich amüsiert.

Am Freitag ist den Bolles die eine Sache klar: So könn' wir nicht gewinnen, so wild wie's gestern war. Wir müssen unsern Bürgerkrieg organisieren, dann werden die Vampire jämmerlich verliern.

Ja, wehe euch, ihr Bonzen, der kleine Mann steht auf. Es geht ja um sein Leben, das ihr ihm habt geklaut. Er holt es sich zurücke auf Leben oder Tod, damit einmal ein Ende hat alle seine Not.



Am Samstag, ja da gab es die große Keilerei. Und: Alle Macht dem Volke! Millionenschwerer Schrei. Wir wolln die Güter nutzen, wo der Bonz' die Hand drauf halt! Zum Leben und zum Lieben sind wir auf dieser Welt.



Es kommt der Tag der Wahrheit für Bolle seinen Traum. Da werden alle Leute ihren Bonz' verhaun. Die Erde, die wird zittern, der Himmel wird vibrieren, aber dennoch wird sich Bolle ganz köstlich amüsiern.



Unsre Stimme

Schallplatten im Trikont

Im Mai 1974 erscheint im TRIKONT-VERLAG eine neue LP mit Liedern von Klaus (Volkstheater Köln) zusammen mit Liedern der Arbeiter-sache (München) und des RK (Frankfurt).

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Verantwortlich nach dem Hessischen Pressegesetz ist unsere liebe Genossin Gisela Erler, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstr. 132. Abotlieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: WIR WOLLEN ALLES, Gahanz, Kto. 4684-852 Pöschel Nürnberg.